Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, den 28. Januar 1925 | 5. Jahrgang * Nr. 9

Das Sündenregister der Braun-Severing-Regierung

Tausendmal hat sie den Fußtritt verdient!

Das System Braun-Severing hat immer Schutz und Förderung der Ausbeuter, Knebelung und Verleumdung der Ausgebeuteten bedeutet:

Wer ist mit Arbeitszeitverlängerung und Lohndruck dem Privatkapital bahnbrechend vorangegangen?

Das Ministerium Braun-Severing!

Wer hat in wirtschaftlichen Kämpfen zum Schutze der Schwerindustriellen und der agrarischen Kassenschränke gegen die Streikenden Schupo und Technische Nothilfe mobilisiert, bei Hungerdemonstrationen Gummiknüppel und Schießprügel anzuwenden befohlen?

Das Ministerium Braun-Severing!

Wer hat gegen streikende Landarbeiter und verzweifelte Kleinbauern die staatlichen Machtmittel eingesetzt?

Das Ministerium Braun-Severing!

Welche Regierung war im Abbau der unteren Beamten, der Arbeiter und Angestellten am rücksichtslosesten?

Das Ministerium Braun-Severing!

Wer hat die von dem Sozialdemokraten Hänisch begonnene klerikale Schul- und Kirchenpolitik fortgesetzt und vollendet?

Das Ministerium Braun-Severing!

Wer hat die unter entscheidender sozialdemokratischer Mitwirkung betriebene Steuerausplünderung der Werktätigen in Stadt und Land durch die Hauszinssteuer noch weit überboten?

Das Ministerium Braun-Severing!

Wer hat die proletarischen Klassenkampforgane der Werktätigen, den Reichsausschuß der Betriebsräte, die proletarischen Kontrollausschüsse, die proletarischen Hundertschaften und die kommunistische Presse verboten und unterdrückt?

Das Ministerium Braun-Severing!

Wer hat die Stahlhelmtage in Halle und Fürstenwalde, die Tannenberg-Feier in Königsberg usw. erlaubt und beschützt, die proletarischen Gegendemonstrationen aber blutig niederschlagen lassen?

Das Ministerium Braun-Severing!

Wer hat die reaktionären Offiziere in der Schupo eingestellt und befördert, wer hat die Schupo kaserniert und militarisiert, wer die wilhelminischen Beamten in Amt und Würden gehalten?

Das Ministerium Braun-Severing!

Wer verdiente sich das Lob aller bürgerlichen, namentlich der schwerkapitalistischen und großagrarischen Kreise durch brutale Knebelung der Arbeitermassen in Preußen, die die Durchführung der Reichswehrexekutive gegen Sachsen und Thüringen erst ermöglicht haben?

Das Ministerium Braun-Severing!

Wer hat die revolutionäre Arbeiterbewegung durch Massenaufgebote von Spitzeln und Lockspitzeln zu schädigen und zu unterdrücken gesucht?

Das Ministerium Braun-Severing!

Wer hat sich hartnäckig geweigert, den proletarischen politischen Gefangenen Amnestie zu gewähren?

Unter welcher Regierung schossen Schiebertum und Korruption üppiger denn je in die Halme?

Unter dem Ministerium Braun-Severing!

Wer hat die staatlichen Betriebe, Häfen, Elektrizitätswerke und Bergwerke dem Zugriff des Privatkapitals preisgegeben?

Das Ministerium Braun-Severing!

Wer hat zugunsten der Großagrarier die altpreußische Liebesgabenpolitik bei Verpachtung der Staatsdomänen und bei den staatlichen Holzverkäufen beibehalten?

Das Ministerium Braun-Severing!

*

Das Pol.-Bureau der Zentrale der KPD. schreibt uns dazu:

War es im Hinblick auf dieses Sündenregister, das bei weitem nicht vollständig ist, für die Vertreter der Arbeiterklasse, die Kommunisten, nicht heiligste Pflicht, gegen die Regierung mit den schärfsten Mitteln anzukämpfen, Es zu unterlassen, wäre das schwerste Verbrechen am Proletariat gewesen. Die Kommunisten weisen es weit von sich, zu Mitschuldigen an diesem fortgesetzten Arbeiterverrat zu werden. Darum haben sie sofort bei Zusammentritt des neugewählten Landtags einen motivierten Antrag eingebracht, daß und warum sie dem Ministerium Braun-Severing nach wie vor keinerlei Vertrauen entgegenbringen.

Für diesen Mißtrauensantrag stimmten auch die Völkischen, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, wenn auch aus absolut anderen Beweggründen. An dieser Tatsache ist das Kabinett Braun-Severing zerschellt.

Die Kommunisten haben ferner der Sozialdemokratie und daß ihr Kampf gegen die Regierung Braun-Severing seinen Ursprung in der Todfeindschaft des Proletariats gegen alle Interessenvertreter der Bourgeoisie hat und daß sie jede bürgerliche Regierung mit derselben Schärfe bekämpfen werden, wie die Regierung der großen oder kleinen Koalition.

Die Kommunistn haben ferner der Sozialdemokratie und den Arbeitermassen nachgewiesen, daß die reaktionären Kräfte, die jetzt ihren sozialdemokratischen Henkersknechten Fußtritte verabfolgen, nur deswegen so erstarkt sind, weil ihnen die Noske, Heine, Severing, Hörsing, Richter, Lübbering usw. Ströme von Arbeiterblut zu trinken gaben.

Die Sicherung der Existenz der deutschen Arbeiterklasse erfordert **den Kampf um ausreichende Löhne, um die Rückeroberung des Achtstundentags und die Befreiung von allen Steuerlasten.**

Die Kommunisten werden sich jederzeit außerhalb und innerhalb des Parlaments für die Durchführung dieser Forderungen mit aller Kraft einsetzen. Sie wissen jedoch auch, daß sie nur im revolutionären Kampf erfolgreich durchzusetzen sind, wenn es dem Proletariat gelingt, dauernden und entscheidenden Einfluß auf den gesamten Produktionsprozeß zu gewinnen. **Voraussetzung dafür ist die Eroberung und Behauptung der politischen Macht.**

Darum ergibt sich auch aus der preußischen Regierungskrise für die Kommunisten die Aufgabe, in den Betrieben und in den Gewerkschaften die einheitliche Klassenfront des Proletariats herzustellen, die Massen auf den Machtkampf vorzubereiten und sie zur Entscheidung und zum Siege, zur Diktatur des Proletariats zu führen.

Um den werktätigen Massen dieses Ziel mit aller Eindringlichkeit vor Augen zu führen, um sie dahin zu bringen, daß auch sie den revolutionären Machtkampf als einzige Lösung erkennen, fordern die Kommunisten die Auflösung des Landtags.

Hinweg mit dem Preußenparlament!

Es lebe der Kampf um die Diktatur des Proletariats!

Die Polizeimethoden gegen das Proletariat

Geradezu ein Symbol der sozialdemokratischen Regierung Braun-Severing ist der neue „Sonderwagen der Schutzpolizei“. In den Dienstvorschriften, die vom Kommando der Schutzpolizei Ende 1924 herausgegeben worden sind, heißt es z. B. unter

„1. Der Sonderwagen der Schutzpolizei (S. W.) ist eine ausgesprochene Angriffswaffe. Er ist das wirksamste Mittel, um Widerstände ohne größere Verluste zu brechen. Häufig wird er allein durch seine moralische Wirkung selbst starke Menschenansammlungen zu zerstreuen vermögen.“

Unter Ausrüstung des Wagens ist die Bewaffnung aufgezählt, die uns ein Bild von dieser arbeiterfreundlichen Einrichtung gibt. Der S. W. ist ausgerüstet mit:

2 M.-G. mit 10 000 Schuß,
2 M.-G. Hilfslafetten für die Verwendung außerhalb des Wagens,
2 M.-P. mit je vier gefüllten Trommeln,
500 Schuß Pistolen-Munition,
2 Kisten Handgranaten (entschärft) usw.

Zu welch edlen Zwecken dieser Wagen benutzt werden soll, ergibt sich aus den Beispielen, die unter der Rubrik „Feuerbefehle“ vermerkt sind; da heißt es z. B.:

„Halb links vorwärts, Gegner im Hauseingang des großen roten Hauses, vorderes M.-G., Visier 400, 50 Schuß Dauerfeuer.“

Und über die weitere Verwendung des Wagens heißt es unter „Allgemeines“:

„Der S. W. mit seinen M.-G. und M.-P., sowie mit Handgranaten ausgerüstet, ist das schwerste Kampfmittel der Schutzpolizei. Mit der erwähnten Ausrüstung ist es möglich, aus dem S. W. eine große Feuerkraft nach allen Seiten gegen lebende Ziele zu entfalten . . .“

„Die Feuerabgabe wird in der Bewegung durch die Erschütterung des S. W. derart beeinträchtigt, daß die Feuerabgabe im allgemeinen nur im Stehen erfolgt. Feuern im Fahren ist nur auf nächste Entfernung erfolgversprechend, kann aber von guter moralischer Wirkung sein.“

„Im Straßenkampf übernimmt der S. W. den Feuerschutz der vorgehenden Stoßtrupps, die gewissermaßen nur den vom S. W. gewonnenen Raum besetzen. Der S. W. gehört daher nach vorn und bewegt sich sprungweise vor.“

Das ist nur ein Beispiel, aber so sieht die arbeiterfreundliche Regierung Braun-Severing aus, das ist ihr wahres Gesicht! Und da wagt es die Sozialdemokratie, von uns zu verlangen, daß wir diese Regierung stützen sollen! Nein! Dieser Regierung mußten wir bei der ersten besten Gelegenheit das Genick brechen, gerade im Interesse der revolutionären Arbeiter.

Grundsätze und Praxis der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit.

In Nr. 5 des „Klassenkampf“ vom Freitag, dem 23. Januar, ist ein Artikel „Wie müssen die Kommunisten in den Ortsverwaltungen arbeiten?“ erschienen. Da dieser Artikel eine Reihe von fehlerhaften Auffassungen und Unebenheiten enthält, ist eine Klarstellung unbedingt erforderlich. Wir ersuchen daher alle Genossen, den nachfolgenden Artikel, der als Antwort erscheint, genau zu beachten.

(Pol.-Bureau KPD., Bezirk Halle-Merseburg.)

k. r. Kommunistische Gewerkschaftsarbeit ist kommunistische Parteiarbeit. Der kommunistische Gewerkschafter hat in seiner gewerkschaftlichen Organisation lediglich Aufträge der Kommunistischen Partei, d. h. des revolutionären Zentrums der Arbeiterbewegung, durchzuführen. Das bedeutet: die Kommunisten erkennen eine Trennung der Arbeiterbewegung in verschiedene von einander unabhängige „Zweige“ oder „Säulen“, wie politische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche usw. Bewegung nicht an; sie kennen vielmehr im Gegensatz zu den Reformisten nur eine einheitliche Arbeiterbewegung, die ideologisch gespeist wird durch **die** Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei.

Zur praktischen Durchführung der kommunistischen Arbeiten in den Gewerkschaften muß sich jeder kommunistische Gewerkschafter klar sein: die Gewerkschaftsorganisationen sind heute noch Instrument der bürgerlichen Sozialdemokratie, also der Klassenversöhnung, der Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik. Die Gewerkschaftsmitglieder halten heute noch in ihrer Mehrheit die Taktik und die Methoden der reformistischen Bureaukratie für unabänderlich. Durch die jahrelange Versumpfungsarbeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sind diese Gewerkschaftsmitglieder vollkommen dem Klassenkampfstandpunkt entfremdet.

Der kommunistische Gewerkschafter, der sich über diese objektiv feststehenden Tatsachen vollkommen klar ist, findet mit Leichtigkeit das nächste kommunistische Ziel in den Gewerkschaften. Das Ziel heißt: die Massen der Gewerkschaftsmitglieder müssen in die proletarische Klassenfront eingereiht werden, sie müssen davon überzeugt werden, daß sowohl die schwarzweißrote Front, die die Gemeinschaft der kapitalistisch-agrarischen Ausbeuter ist, wie auch die schwarzrotgoldene Front den Versuch darstellt, die Arbeiterschaft an die Ausbeuter aus dem Lager des Zentrums und der Demokratie zu ketten, sie müssen darüber aufgeklärt werden, daß die Ausbeutung durch schwarzrotgoldene Kapitalisten **nicht geringer** ist als durch die schwarzweißroten Kapitalshyänen. Gerade unter den gegenwärtigen Regierungsverhältnissen in Deutschland ist die absolute Klarstellung der Klassenfronten der Bourgeoisie und des Proletariats von größter Wichtigkeit. Die Sozialdemokratie ist aus den Regierungsfesseln geworfen worden, und will jetzt „Opposition“ vortäuschen. Der kommunistische Gewerkschafter muß wissen, daß die Sozialdemokratie zur bürgerlichen Klassenfront gehört, selbst wenn sie zeitweise nicht an den Regierungstisch gelassen wird. Im Moment neuer Zuspitzung der Klassengegensätze wird man die Sozialdemokratie wieder in die Regierung mit hineinnehmen. Die sozialdemokratische Opposition hat nur den Zweck, den Wiedereintritt in die Regierung zu beschleunigen unter Ausnutzung proletarischer Massen, die man durch Oppositionsgeschrei einzufangen hofft. Darum ist das politische Ziel: Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie in nie dagewesenem Ausmaße innerhalb der Gewerkschaften zum Zwecke der Schaffung einer breiten roten Kampffront unter Führung der Kommunisten gegen das Kapital, das ist das Leitziel für die kommunistische Gewerkschaftsarbeit der nächsten Zeit. Den Gewerkschaftsmassen muß dieses Ziel klargemacht werden unter der einfachen Parole: „**Rot gegen Schwarzweißrot und Schwarzrotgold!**“ Diese Aufgabe, die den Zweck hat, die Gewerkschaftsmassen ideologisch auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes zurückzuführen, damit erfolgreiche Massenkämpfe ermöglicht werden, wird ergänzt durch politische und gewerkschaftlich-organisatorische Aufgaben. Politisch müssen die Gewerkschafter zum Kampf gegen die Luther-Regierung und jede bürgerliche Regierung (auch, wenn Sozialdemokraten darin sitzen) gewonnen werden; dazu müssen die Gewerkschafter in den Kampf um die Amnestie hineingezogen werden. Gewerkschaftsorganisatorisch ist der Kampf um die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen und die Schaffung der internationalen Gewerkschaftseinheit zu führen. Der Kampf um die Erweiterung des englisch-russischen Einheitskomitees durch deutsche Gewerkschaftsvertreter ist besonders geeignet, die Gewerkschaftsmitglieder von den Reformisten abzulösen und unter unseren Einfluß zu bringen.

*

Es genügt jedoch bei weitem nicht, nur propagandistisch die Gewerkschaftsmassen auf die großen Linien unserer Aufgaben hinzuweisen. Wir haben die Pflicht, **allen**, auch den kleinsten Fragen, die in den Ortsverwaltungen behandelt werden, das größte Augenmerk zu schenken. Keine Gewerkschaftsarbeit ist zu klein und winzig, daß sie nicht von Kommunisten sorgfältig erledigt werden sollte. Ob es arbeitsrechtliche Fragen, Rechtsauskunft, Lohnfragen, Arbeits-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250128-10/fragment/page=0001

zeitfragen, Unterstützungssachen sind, nichts wird Sozialdemokraten zur Erledigung überlassen! Kommunistische Gewerkschafter müssen gerade in solchen „kleinen" Dingen den parteilosen Gewerkschaftsmassen beweisen, daß sie genau so gut und besser die Interessen der Arbeiterschaft vertreten, als die Reformisten. Und immer wieder ist die Verbindung zwischen den kleinsten Gewerkschaftskleinigkeiten und unseren großen Zielen der revolutionären Machteroberung klarzustellen. Wenn jeder kommunistische Gewerkschafter diese Arbeit mustergültig leistet, werden wir die Sozialdemokratie unter der Arbeiterschaft erledigen können. Die Partei zerstört jetzt parlamentarisch die Stützen der SPD. in den Regierungsstellen; die Parteigenossen in den Gewerkschaften (und Betrieben) müssen die Stützen der SPD. in den Massen zerstören.

•

Kommunistische Gwerkschafter treten zur Gewinnung der Gewerkschaftsmassen unbedingt einheitlich auf. Deshalb bilden wir in allen Gewerkschaften Fraktionen, die die taktischen Maßnahmen genau durchberaten und die Redner zu allen Punkten einer Gewerkschaftsveranstaltung usw. festlegen. Fraktionssitzungen müssen durchweg vor jeder Ortsverwaltungs- und Funktionärsitzung sowie Mitgliederversammlung stattfinden. Einheitliche Arbeit auf der Linie der Beschlüsse des Frankfurter Parteitages, des 5. Weltkongresses und des Zentralausschusses vom 10. Januar werden uns schnell zum Ziele führen.

Luther in der Klemme

Nichtssagende Antwort der „nationalen" Regierung

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. Januar.

Die Luther-Regierung hat der Entente ihre Antwort auf die letzte Note über die Räumung Kölns überreicht. Sie bedauert, daß die Entente-Note eine bloße Erwiderung auf die deutschen Einwände sei und noch gar nicht das Tatsachenmaterial mitteile, auf das sich die Beschuldigung der Entente, betreffend die Nichtentwaffnung Deutschlands, stütze. Die Reichsregierung sei der Auffassung, daß die im Versailler Vertrag vorgesehenen Voraussetzungen für die Räumung der Kölner Zone schon erfüllt seien, da Deutschland vollkommen entwaffnet sei. Eine Auslegung des Vertrages, als wäre eine Räumung bloß eine von der Entente anhängige Vergünstigung, würde dem Vertrag widersprechen. Die Räumungsfrage sei vielmehr ein Vertragsrecht Deutschlands. Stresemann hofft, daß die Entente die Tatsachen mitteilen wird, auf Grund deren man die Voraussetzung für eine Verständigung über die Beilegung des entstandenen Konfliktes schaffen wird.

•

Die neue „nationale" Regierung Luther ist, nach dieser Note zu schließen, sehr kleinlaut geworden. Sie hat sehr schnell das nationalistische Mauslaufreißen verlernt und findet dabei anscheinend nicht einmal mehr die Opposition der Völkischen, die bekanntlich in diesem Punkte in schärfster Konkurrenz mit den Deutschnationalen bisher gestanden haben.

Die Luther-Regierung unternimmt nichts ernsthaftes, um die sofortige Räumung der Kölner Zone und des Ruhrgebietes zu erwirken. Die Luther-Regierung, die ja doch nur die Angestellten der Schwerindustrie ist, legt ja in Wirklichkeit auch kein so großes Gewicht auf die Einheit Deutschlands. Die nationale Schwerindustrie am Rhein und an der Ruhr „verständigt" sich ja schon seit längerer Zeit in ihrem Sinne mit den Entente-Kapitalisten auf Kosten der deutschen Werktätigen. Die patriotischen Schwerindustriellen legen jedenfalls ein größeres Gewicht darauf, sich ihre Profite zu erhalten, als das Gebiet frei zu bekommen.

Eine wirkliche Verständigung, bei der die Gebietseinheit Deutschlands gewahrt bleibt, kann nur erfolgen zwischen den deutschen Arbeitern und den Werktätigen der Entente. Diese Verständigung, die gleichzeitig die schwerste Kampfansage gegen die Kapitalisten hüben und drüben ist, wird durch die Kommunistische Partei angebahnt. Und nur der Sturz der Bourgeoisie hüben und drüben garantiert endgültig die Gebietseinheit eines Arbeiter-Deutschlands.

Eine Abfuhr der Berliner SPD.

Mißglückte Kundgebung für die Barmat-Republik

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. Januar.

Die Berliner SPD. veranstaltete am gestrigen Abend gemeinsam mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der Sporthalle in der Potsdamer Straße eine Kundgebung für die Barmat-Republik. Der Saal, der bekanntlich bei der Kundgebung der Kommunisten vor einer Woche so überfüllt war, daß Parallelversammlungen stattfinden mußten, war nur leidlich besetzt. Um eine „Arbeiteropposition" vorzutäuschen, hatte man sogar einige wenige rote Fahnen aus dem Gerümpel hervorgeholt. Es sprachen Loebe, Breitscheid, Braun, Crispien, Levy und Hermann Müller. Die Versammlung nahm die Ausführungen der Redner in sehr schlechter Stimmung entgegen. Schon als die lange „außenpolitische Balancierstange" Luthers, der ewige Außenministerkandidat Breitscheid, sprach, machte sich aus der Mitte der Versammlung starker Widerspruch bemerkbar. Und als vollends der Renegat Levy die Kommunistische Partei in der gemeinsten Weise angriff, kam es zu sehr erregten Kundgebungen gegen die arbeiterverräterische Politik der SPD. Immer wieder ertönten die Rufe: „Nieder mit den Arbeiterverrätern!" Es kam zu handgreiflichkeiten, die sich bis auf die Straße hin fortsetzten, bei denen die schwarzrotgoldenen Reichsbannerleute den Kürzeren zogen.

Es geht vorwärts in den Gewerkschaften

Kommunistische Siege

Weißenfels, 28. Januar.

Die Verwaltungsstelle der Schuhmacher in Weißenfels ist in kommunistische Hände übergegangen. Die kommunistische Liste zur Ortsverwaltung wurde mit 299 gegen 1 Stimme angenommen. Von der Generalversammlung wurde folgende Resolution angenommen:

Resolution

Die heute tagende Generalversammlung des Weißenfelser Schuhmacherverbandes fordert die sofortige Freilassung der politischen Inhaftierten und gelobt, mit den schärfsten Mitteln die Amnestie zu erzwingen.

Weißenfels, 26. Januar 1925

Verband der Schuhmacher Weißenfels.

(Eig. Drahtm.) Saarbrücken, 28. Januar.

Bei den Ortsverwaltungswahlen im Deutschen Eisenbahnerverband errang die kommunistische Liste den Sieg. Es wurden gewählt: acht Kommunisten, ein Parteiloser, der ebenfalls mit den Kommunisten sympathisiert, und drei Sozialdemokraten.

Bei der Ortsverwaltungswahl im DMV. besetzten die Kommunisten die Ortsverwaltung vollständig.

•

(Eig. Drahtm.) Köln, 28. Januar.

Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung Frechen des BLV. wurden drei Kommunisten, zwei Sympathisierende und drei Sozialdemokraten gewählt. Zwei Kartelle delegierten Kommunisten.

In den Ortsvorstand des BLV. Knappsack wurden vier Kommunisten, ein Parteiloser und kein Sozialdemokrat gewählt.

In die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes Gummersbach wurden zwei Kommunisten, ein Sympathisierender und zwei Sozialdemokraten gewählt. Der erste Bevollmächtigte ist ein Kommunist.

In die Ortsverwaltung des Zimmererverbandes Köln wurden acht Kommunisten gewählt, zwei Kommunisten wurden ins Kartell delegiert.

In die Ortsverwaltung des Fleischerverbandes Köln wurden sechs Kommunisten, zwei Sozialdemokraten und zwei Parteilose gewählt.

In die Ortsverwaltung des Glasarbeiterverbandes in Mirgel und des Fabrikarbeiterverbandes wurden nur Kommunisten delegiert.

Die Linie der Partei ist festgelegt — An die Arbeit, Genossen!

Bericht der hallischen Funktionärversammlung der KPD. im „Volkspark"

Die gestrige von 295 Genossen besuchte Funktionärversammlung der KPD. Halle nahm den Bericht über die politische Lage, die Beschlüsse des Zentralausschusses und die nächsten Aufgaben der Partei entgegen. Wie der vor kurzem stattgefundene Zentralausschuß die volle Geschlossenheit und Einmütigkeit der gesamten Partei in allen wichtigen Fragen bewiesen hat, so zeigte auch die hallische Funktionärversammlung, daß über die politische Lage und unsere sich daraus ergebende Taktik vollkommene Uebereinstimmung herrscht. Das Referat hielt Genosse Rosenbaum, in dem er besonders das Stärkerwerden der imperialistischen Konflikte hervorhob und über die unleninistische Ansicht des Genossen Trotzki Aufklärung gab, der prophezeite, daß in der nächsten Zeit die imperialistischen Verwicklungen nicht akut werden würden. Er kennzeichnet die Lage der deutschen Bourgeoisie, die eine Umgruppierung vorzunehmen sich bemüht und deckt insbesondere die Rolle der Sozialdemokratie als die einer bürgerlichen Partei auf.

Aus der Erkenntnis der Lage resultieren die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Partei. Die Beschlüsse des Zentralausschusses zeichnen sich in dieser Hinsicht durch ganz besondere Klarheit aus. In dieser Zeit, zwischen zwei Wellen der Revolution, muß es sich bestätigen, ob wir eine wirklich bolschewistische Partei sind. Wir müssen alle Kämpfe der Arbeiterschaft unterstützen. Wir müssen dafür sorgen, daß Kämpfe ausbrechen und diese organisieren und führen. Aber auch der Kampf um die kleinste Forderung muß verbunden werden mit der Frage der proletarischen Diktatur. Darin unterscheidet sich die Linie der Partei im Jahre 1925 von der Linie des Leipziger Parteitages. Gleichzeitig muß der rücksichtslosesste Kampf gegen die SPD., als eine Partei des Bürgertums, geführt werden.

Besonders eindringlich betonte Genosse Rosenbaum die Pflicht jedes Funktionärs zur absoluten Disziplin. Nur so wird die Partei die notwendigen Arbeiten wirklich durchführen können. Nur so wird sie die wichtigste Aufgabe unserer Gewerkschaftsarbeit lösen und die Führung der Arbeiter in den Betrieben übernehmen können. Auch hier gilt es immer schärfste Abgrenzung gegen die SPD. Gegen die schwarzweißrote und schwarzrotgoldene Fahne der bürgerlichen Parteien gilt es, die Arbeiterschaft um das rote Banner zu sammeln.

Folgende Entschließung wurde zur Abstimmung gebracht und mit allen Stimmen gegen drei bei acht Stimmenthaltungen angenommen:

Entschließung

Die große Funktionärsitzung der Ortsgruppe Halle stellt zu dem Referat über die politische Lage, die Beschlüsse des Zentral-Ausschusses und die Aufgaben der Partei mit Genugtuung fest, daß die Partei eine Linie einhält, die zweifellos die breitesten Massen des Proletariats unter unsere Führung bringen muß. Insbesondere begrüßen die hallischen Funktionäre, daß die Beschlüsse des ZA. einmütig gefaßt worden sind und einen erheblichen Schritt vorwärts bedeuten seit dem Frankfurter Parteitag.

Absolute Klarheit über die Perspektive der Partei, die feststellt, daß wir uns in einem Wellental zwischen zwei Revolutionen befinden, muß in die breitesten Mitgliederkreise getragen werden. Die Rolle der Partei in einer solchen Situation muß die sein, daß die Partei beweist, ob sie eine wirklich revolutionäre ist. Sie hat sich nicht nur in allen Kämpfen des Proletariats aktiv und führend zu beteiligen, sondern solche Kämpfe vorzubereiten, zu organisieren und im geeigneten Augenblick auszulösen. Jeder solcher Kämpfe muß stets mit dem Bewußtsein des Endzieles geführt werden. Selbst bei der Agitation, die sich um Gegenstände des alltäglichen Kampfes dreht, muß die Partei grundsätzlich revolutionäre Agitation treiben, die konkret populär die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur predigt und beweist. Das letzte Parteimitglied muß begreifen, daß die SPD., trotzdem sie jetzt Opposition spielt, keine proletarische Klassenpartei, sondern eine Partei der Bourgeoisie ist, und daß die KPD. die einzige Arbeiterpartei ist. Der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterschaft muß in dieser grundsätzlich klaren Einstellung in schärfster Abgrenzung gegen die bürgerliche Sozialdemokratie geführt werden.

Einheitlichkeit und Disziplin innerhalb der Partei ist die Voraussetzung für den Erfolg unserer Arbeit gerade in einer Zeit, in der die Revolution nicht unmittelbar vor der Tür steht. Gegen die Versöhner in den eigenen Reihen, gegen die Genossen, die jetzt schwankend werden und sich der Sozialdemokratie zu nähern wünschen, muß der unbarmherzigste Kampf geführt werden. Der Kommunist muß in den kleinsten Tagesfragen den Massen Führer und Lehrer sein. In Gewerkschaften und Betrieben muß der Kommunist das Vorbild der Arbeiter in der Vertretung der Interessen gegen das Kapital sein. Der Kommunist muß überall, wo er mit den Massen zusammen ist, beweisen, daß er nicht nur in den Fragen der großen Ziele der Partei, sondern selbst und gerade in den kleinsten Tagesfragen die Interessen der Arbeiterschaft am besten vertritt. Nur dadurch wird es uns gelingen, die SPD. unter den Massen zu schlagen.

Die Funktionäre begrüßen insbesondere die Amtsenthebung des Genossen Trotzki, der seit längerer Zeit einen erbitterten Kampf gegen die leninistische Linie der Komintern führt. Sie unterstreichen den Antrag des ZA. an die KKV., die Genossen Brandler und Thalheimer auszuschließen. Sie erklären, daß es heute nicht nur notwendig ist, die Linie der Partei aus Disziplin anzuerkennen, sondern in voller Ueberzeugung tatkräftig an der Durchführung der Politik der Partei mitzuarbeiten. Genossen, die immer noch glauben, mit der Linie der Partei nicht einverstanden sein zu können, können in Zukunft Funktionäre nicht mehr sein.

Die Funktionäre der Ortsgruppe Halle werden nach den Beschlüssen des ZA mit aller Energie arbeiten, die Hauptkraft auf die Gewerkschaften und Betriebe verlegen und die gesamte Mitgliedschaft zur Durchführung der Beschlüsse des ZA. mobilisieren.

Die Funktionärversammlung begrüßte drei Genossen, die aus dem Gefängnis gekommen waren und sprach sich in folgender Resolution einstimmig für die Befreiung aller proletarischen Gefangenen aus:

Für die proletarischen Gefangenen

Hocherfreut, drei tapfere proletarische Kämpfer nach Befreiung aus dem Kerker in ihrer Mitte zu sehen, gedenken die hallischen Funktionäre der KPD. der vielen Tausende, die als Opfer der Ebert-Justiz noch in den Gefängnissen und Zuchthäusern der allerfreisten Republik schmachten. Brüderlichen Grüßen an sie alle fügen die hallischen Funktionäre das Gelöbnis hinzu, mit ganzer Kraft und überall dafür zu wirken, daß allen gefangenen Freiheitskämpfern baldigst die Stunde der Befreiung schlägt.

Der Leiter der Versammlung, Genosse Kilian, konnte einen Brief der politischen Gefangenen aus Cottbus bekanntmachen, in dem auch diese Kämpfer für die Revolution ihre begeisterte Zustimmung zu den Beschlüssen des Zentralausschusses und zu der Linie der Partei geben.

•

Die Diskussionen für die Funktionäre sind abgeschlossen. Die Richtlinien des Frankfurter Parteitages und des 5. Weltkongresses wurden durch den Zentral-Ausschuß konkretisiert und ausgebaut.

Nun geht es an die Arbeit!

Abwehrkampf bei der „Habämsa"

Halle, 28. Januar.

Die Verhandlungen um einige Pfennige Lohnerhöhung ziehen sich in der „Habämsa" schon monatelang hin, trotzdem die Firma bei der jetzt herrschenden Konjunktur in der Bäckereimaschinenbranche außerordentliche Gewinne erzielte. Die dadurch hervorgerufene Erregung der Belegschaft (zirka 100 Mann) kam dadurch zum Ausdruck, daß sie durch spontanen Kampfwillen eine Lohnverhandlung erzwang. Die Herren Rausch und Palmsinsky fühlten sich deshalb veranlaßt, der Belegschaft zu beschlen, den Betrieb binnen fünf Minuten zu verlassen. Die sich daran anschließenden Verhandlungen sollten wohl eine geringe finanzielle Verbesserung für die Belegschaft bringen, wenn sie dafür den Achtstundentag verkaufen wollten. Dieses Ansinnen wurde selbstverständlich abgelehnt, da die Belegschaft die Notwendigkeit einer verlängerten Arbeitszeit nicht einsehen kann. Der Achtstundentag muß gehalten werden, deshalb tritt die Belegschaft in den Abwehrkampf. Sie wird darin verharren, bis der Anschlag gegen den Achtstundentag abgeschlagen ist. Alle Arbeitskollegen der Branche, die vom Unternehmertum von auswärts wahrscheinlich herangezogen werden, müssen sich weigern, in der „Habämsa" Arbeit anzunehmen. Der Kampf wird durchgehalten werden, wenn es dem Unternehmertum nicht gelingt, in die Solidarität der Branchekollegen einen Keil zu treiben. Hoch die Solidarität! Hoch der Achtstundentag!

Kommunistische Parlamentsanträge

Für die Beamten

Im Reichstag brachte die kommunistische Fraktion folgenden Antrag ein:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Das Gesetz zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung vom 21. Dezember 1920 (Besoldungssperrgesetz) wird sofort aufgehoben.

2. In das Besoldungsgesetz ist eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die jeweiligen Gehaltssätze der Besoldungsordnung für Länder und Gemeindebeamte als Mindestsätze zu gelten haben.

Zum Mieterschutz und zu den Mieteinigungsämtern

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Der § 3 des Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 1. Juni 1923 (Reichsgesetzblatt 1, 1923, Seite 353) erhält folgenden Absatz 4:

Ein Klagerecht des Vermieters auf Aufhebung des Mietverhältnisses besteht nicht, wenn die Zahlungsunfähigkeit durch Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit oder Krankheit eingetreten ist, oder durch Notstände bei Kriegsopfern, Sozial- und Kleinrentnern und anderen Fürsorgeberechtigten im Sinne des § 1 der Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924 verursacht ist.

Berlin, den 20. Januar 1925.

Die Erklärung der Zentrale zum großen „Tscheka"-Prozeß

Am 11. Februar soll vor dem Staatsgerichtshof des Herrn Niedner der große Tscheka-Prozeß beginnen. Es soll das riesige Spektakelstück sein, um die KPD. moralisch und politisch zu erledigen. Der Ausgang des Tscheka-Prozesses soll der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Gehilfen den Vorwand liefern, um die KPD. erneut zu verbieten.

Wir stellen vor der deutschen Arbeiterklasse fest, daß die Tscheka-Aktion der größte politische Schwindel der Ebert-Republik ist.

Was ist „Tscheka"? Die Tscheka war in Rußland die politische Polizei der Räteregierung, bestimmt zum Kampf gegen die Gegenrevolution. In Deutschland gibt es keine Räteregierung, also ist es heller Unsinn, von einer deutschen Tscheka zu sprechen. Aber es gibt das Spitzelheer der Abteilung Ia in Berlin und all der würdigen Regierungsstellen, die für die Aufrechterhaltung des deutschen Kapitalismus bezahlt werden.

Der Abwehrkampf gegen die Spitzelei, der einst unter Eugen Ernst eine Notwendigkeit für die SPD. war, ist jetzt eine wichtige Aufgabe der KPD. und war es ganz besonders in jenen entscheidenden Herbstmonaten des Jahres 1923. Damals hat die Parteileitung einigen Genossen speziell die Aufgabe gestellt, den Kampf gegen die Spitzel in unseren Reihen zentral zu leiten.

Diese Maßregeln der Partei zur Entlarvung und Unschädlichmachung des Spitzeltums werden vom Staatsgerichtshof als die „deutsche Tscheka" bezeichnet.

Die KPD. hat im Laufe ihres Bestehens Hunderte von Spitzeln unschädlich gemacht. Nach feststehender Methode: Entlarvung des Spitzels, Fortnahme seiner Parteipapiere, Ausschluß aus der Partei, öffentliche Warnung vor ihm, möglichst unter Versendung seiner Photographie.

Niemals hat die Partei andere Methoden der Spitzelbekämpfung angewandt. Die Feme gegen Verräter ist Dutzende Male von Völkischen und Deutschnationalen angewandt worden. Von der KPD. niemals. Dutzende von Fällen haben sich in den letzten Jahren ereignet, in denen rechtsstehende Geheimverbände angebliche Verräter ermorden ließen. Aber der Staatsgerichtshof hat daraus keinen Tscheka-Prozeß gemacht.

Im Herbst 1923 gelang es der deutschen Bourgeoisie, dank ihrer riesigen Geldmittel, ihre eigenen Agenten in den Apparat der KPD. zur Spitzelbekämpfung hineinzuschieben. Diese Polizeiagenten haben im Sinne ihrer dunklen Auftraggeber allerlei Unsinn fabriziert, verrückte Attentatspläne, Cholerabazillen usw. Außerdem haben zwei dieser Polizeispitzel, wie sie selbst zugeben, in Berlin einen dritten Spitzel, einen gewissen Rausch, umgebracht. Aus welchem Grunde diese Tat geschah, wissen wir nicht. Vielleicht weiß die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums Bescheid.

Auf dieser Grundlage ist die „Tscheka"- und Mordanklage gegen die KPD. aufgebaut. Jeder Arbeiter und überhaupt jeder Mensch, der noch einen Rest von Gerechtigkeitssinn sich bewahrt hat, wird sich mit Ekel und Verachtung von diesen Spitzelmanövern der deutschen Regierung abwenden.

Die KPD. erklärt vor der deutschen Arbeiterklasse und vor der gesamten Oeffentlichkeit: Wir werden jederzeit bis aufs letzte solidarisch sein mit Arbeitern und Bauern, die gegen die Bourgeoisie kämpfen, ganz gleich, welche Mittel sie anwenden. Wir sind unbedingt solidarisch mit den Hamburger Aufständischen und mit den badischen Kämpfern vom Herbst 1923. Aber wir werden uns niemals die Cholerabazillen, die irrsinnigen Attentatspläne und die Tscheka-Pathologie bezahlter Polizeisubjekte anhängen lassen.

Die KPD. tritt ein für die Massenaktion des Proletariats. Aber sie war und ist, getreu den Grundsätzen des Marxismus und des Leninismus, gegen individuelle Terrorakte.

Das Manöver der deutschen regierenden Klasse, durch den Tscheka-Schwindel das Vertrauen der Arbeitermassen zur KPD. zu erschüttern, wird elend scheitern. Die KPD. wird den Klassenkampf des Proletariats im Sinne von Marx und Engels und von Lenin und Liebknecht weiterführen, trotz aller Lügen und Schiebungen ihrer Feinde.

Berlin, den 26. Januar 1925.

Zentrale der KPD.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250128-10/fragment/page=0002

Hamburg oder München?

Eine Entscheidung für das deutsche Proletariat

„Wir können ruhig aussprechen, daß die deutschen Sozialdemokraten die infamsten und größten Halunken sind, die in der Weltgeschichte gelebt haben."

Rosa Luxemburg.

Während in München selbst eine wohlwollende Justiz den Korruptionssumpf der SPD. nicht zu verhüllen vermag, stehen in **Hamburg** heldenmütige, revolutionäre Klassenkämpfer vor dem Forum der Weißen Justiz. In München der Gestank und Dreck übelster Korruption — in Hamburg der feste unerschütterliche Wille der Arbeiterschaft zur Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Zwei Welten offenbaren sich in diesen beiden zu gleicher Zeit stattfindenden Prozessen: die verfaulende, bankrotte, dem Untergang geweihte Sozialdemokratie und die junge, aufsteigende, die Zukunft beherrschende Kommunistische Partei. Die erstere, die Partei des Bürgertums, die letztere die kampfentschlossene Partei der Arbeiterklasse. Hamburg und München stehen in diesen Tagen als untrügliche Wegweiser an der Heerstraße des Proletariats. Ein aufrichtiger Proletarier, der seine Klasse und die Freiheit liebt, kann nur Hamburg wählen.

Ein zweites Magdeburg der SPD. mit kriminellen Einschlag

Beginn des Auer-Prozesses in München

München, 27. Januar.

Am Montagvormittag begann vor dem Münchener Amtsgericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Flant der Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur der „Neuen Zeitung", Danzmeier, und gegen die früheren Mitglieder der SPD., Winter und Kämpfer. Winter war in der sächsischen Zeigner-Regierung in der Presseabteilung der Staatskanzlei beschäftigt. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde sofort in die Parteierklärungen eingetreten.

*

Eine vernichtende Charakterisierung Auers

Als erster sprach Winter: „Erhard Auer ist eine Persönlichkeit, die im öffentlichen Leben steht und es sich gefallen lassen muß, daß ihre Taten in aller Oeffentlichkeit besprochen und behandelt werden. Das zwiespältige Verhalten des Privatklägers in politischen und privaten Dingen, dieses Doppelspiel, dieses charakterlose Anpassen an die jeweiligen Machthaber hat die ganze Person Auers während seines ganzen Lebens und Wirkens in der Sozialdemokratie beeinflußt und die sozialdemokratische Politik in das Fahrwasser des Opportunismus geführt.

Obwohl Auer genau weiß, daß

nur durch das Doppelspiel der bayrischen Sozialdemokraten

die Räterepublik möglich gewesen ist, fast zwei Drittel der Leute, die in der Nacht vom 6. zum 7. April 1919 die Räterepublik ausriefen, Sozialdemokraten waren, und die Opfer, die die Räterepublik kostete, Opfer der sozialdemokratischen Politik waren,

schämte er sich nicht, diese seine eigenen Opfer in Flugblättern in den Dreck zu treten.

Dies war uns der Anlaß, vor aller Oeffentlichkeit den Fall Auer zur Sprache zu bringen."

Winter geht dann auf die Zwiespältigkeit der Politik der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Führer bei jeder entscheidenden Situation in der deutschen Politik ein, die Winter dokumentarisch belegt. Er spricht vom Januarstreik 1918, von der Revolution 1918, vom Ruhrkrieg und zeigt

überall das Doppelspiel Auers

und der Sozialdemokratie auf. Winter lehnt das gegen ihn eingesetzte **Schiedsgericht des Parteivorstandes** ab, weil es nach den Enthüllungen in der Barmat-Affäre sehr fraglich wäre, ob bei diesem Schiedsgericht überhaupt etwas herauskommen würde.

*

Bestechung und Korruption

Nach Winter spricht Kämpfer: „Auer ist ein Protektionskind.

Er hat alles getan, was ein Mann niedrigster Sorte tut.

Er hat gegen den eigenen Gewerkschaftsverband, zusammen mit dem christlichen Transportarbeiterverband, konspiriert. Er hat in finanziellen Dingen gezeigt, daß er überhaupt keine Moral besitzt. Auer behauptet, Kontributionsgelder erhalten zu haben. Ein nettes Zeugnis für einen internationalen Sozialisten! **Auer hat systematisch versucht, durch die niedrigste Art der Bestechung, durch das Zahlen von Zechen, Einfluß auf die Funktionäre und die Mitglieder zu erhalten. Es war bei ihm gang und gäbe, daß er Gewerkschaftssekretären 40 bis 50 Mark schenkte und damit glaubte, diese Gewerkschaftsfunktionäre für sich kaufen zu können.** Er war zu gleicher Zeit Parteisekretär, Abgeordneter im Reichs- und Landtag, Vizepräsident des Bayrischen Landtags, Aufsichtsrat, Beirat, in der „Münchener Post" Chefredakteur und Geschäftsführer.

*

Eine Erklärung der „Neuen Zeitung"

RA. Liebknecht gibt für die „Neue Zeitung" folgende Erklärung ab:

„Der Redakteur der „Neuen Zeitung" hat es als seine selbstverständliche Pflicht betrachtet, die Anklagen gegen Auer nachzudrucken und zur Klärung der Verhältnisse innerhalb der Arbeiterschaft in die breiteste Oeffentlichkeit zu bringen.

Das Doppelgesicht, welches hier von Winter und Kämpfer als das Doppelgesicht der Politik Erhard Auers geschildert wird, dieses Vertuschen gegen jede und alle Interessen der Arbeiterschaft, **das ist das wirkliche Gesicht der SPD. Das Doppelgesicht Auers im Generalstreik 1918 ist das Doppelgesicht, das Noske in Chemnitz zeigte,** das Ebert in Berlin zeigte, das die ganze deutsche Sozialdemokratie während des Krieges zeigte, um die Interessen der deutschen Arbeiterschaft verkaufen zu können, um die deutsche Arbeiterschaft vor den Wagen der nationalen Bourgeoisie zu spannen. Das ist eine Täuschung der Massen, die man nicht billigen kann. Man versteht es, wenn im ehrlichen Kampfe sich zwei Gegner gegenüberstehen, und sie sich nach der Niederlage des einen ritterlich verständigen. Hier aber hat heimlich einer den andern meuchlings zu Boden gestreckt. Wenn man nun eine solche Persönlichkeit ehrt, indem man ihr Rosensträuße ins Zimmer schickt, obgleich man mit dem Ermordeten politisch befreundet war, so ist das eine Handlung, für die jede psychologische Erklärung fehlt. Es besteht die Notwendigkeit, das Gesicht der SPD in seiner Wirklichkeit vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse aufzuzeigen. Gerade hier in diesem Prozeß muß **Klarheit über das Doppelgesicht der SPD. geschaffen werden."**

*

Auer nimmt das Wort

Im weiteren Verlauf der Verhandlung nahm der Kläger, Abgeordneter Auer, das Wort, daß es sich um einen **Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie** handle. Was seinen Reichtum betreffe, so existiere dieser nur in der Phantasie der Masse. Er habe die Diktatur stets abgelehnt.

Seine Stellung zum nationalen Gedanken habe er niemals verändert, er sei stets eingetreten für die Landesverteidigung und gegen jede Eroberung, auch den Ruhrkampf habe er unterstützt, solange er Aussicht auf Erfolg hatte.

Gegen den Munitionsarbeiterstreik sei er von Anfang an, und zwar offen gewesen, er habe den Zusammenbruch für ein furchtbares Unglück gehalten

Es wäre besser gewesen, wenn das alte Regime selbst den Zusammenbruch hätte liquidieren müssen. Seine **Stellung zu Eisner** sei eine gegensätzliche gewesen. Ohne den 21. Februar 1919 (der Tag des Attentats auf Auer), wäre es nicht zur Räterepublik gekommen. Was die Anklage eigentlich wolle, gehe aus einem Briefe Winters hervor, in dem eine Stelle laute: „Die ganze Angelegenheit muß in der Oeffentlichkeit gegen die Sozialdemokratie behandelt werden, es ist wie beim Falle Ebert, nur daß der Fall Auer als „Bayrischer Fall Ebert" einen kriminellen Einschlag habe, der leichter zu fassen sei.

Der 4. Verhandlungstag im großen Hamburger Prozeß

Der Staatsanwalt läßt den Spitzel Selbiger fallen

Hamburg, 27. Januar.

Vierter Verhandlungstag.

Am vierten Verhandlungstag wird nach einem kleinen Intermezzo zuerst und hauptsächlich der Genosse Koeppen vernommen.

Die Anklage wegen Hochverrat hatte man schon im vorjährigen April ihm gegenüber fallen lassen. Erst neuerdings wird er

wieder der Vorbereitung des Hochverrats beschuldigt, da er auf Grund von in Kiel beschlagnahmten Dokumenten als kommunistischer Ernährungs-Kommissar hingestellt werden soll. Außerdem will man ihn in Zusammenhang mit den bewaffneten Barrikadenkämpfen in Barmbek bringen.

Koeppen ist der Sohn eines kinderreichen sozialdemokratischen Funktionärs, wird Transportarbeiter, gründet 1905 die Hamburger sozialdemokratische Arbeiterjugend, organisiert sich 1906 in der SPD. und im Transportarbeiterverband. Bei Kriegsausbruch demonstriert er gegen den Krieg, wird eingezogen und ist vier Jahre lang an der Front. Als Soldaten seiner Kompagnie von jungen Offizieren mißhandelt werden, und er Berichte darüber an sein damaliges Parteiorgan, das „Hamburger Echo" sandte, wurden sie von der sozialdemokratischen Redaktion an seinen Bataillonskommandeur zurückgeschickt.

„Ich wurde also von meinen eigenen Parteigenossen in der Redaktion den kaiserlichen Offizieren denunziert.

Ich hatte in den Briefen allerdings das wirkliche Leben von Offizieren und Mannschaften geschildert, also nicht im Stile des Sozialdemokratischen Kriegsberichterstatters Dr. Köster." Als Genosse Koeppen dies berichtet, merkt man bei den Arbeitern im Zuhörerraum große Erregung. Zwei sozialdemokratische Redakteure aber, die während der fünf Minuten Pause sich eifrig mit den Regierungsvertretern unterhalten, quittieren die Aussagen des Genossen mit dem frechsten Grinsen. Mit knapper Not dem Kriegsgericht entrennen, liegt Koeppen im Frühjahr 1918 an der russischen Front. Dort kommt es zu einer Meuterei durch die er unter Anklage gestellt wird. Zu gleicher Zeit verwundet, kommt Koeppen in ein Hamburger Lazarett. Am 9. November 1918 wird er Mitglied des Soldatenrates. Später ist er dann Zeuge, wie Arbeiter von Noskes Truppen standrechtlich erschossen werden. Darauf tritt Koeppen aus der SPD. aus. In der USPD. wird er Distriktsleiter von Barmbek.

Wegen Beteiligung am Märzaufstand 1921 muß er flüchten, wird in Suhl durch die sozialdemokratische Zeitung denunziert, verhaftet, aber sofort wieder von 3000 Arbeitern befreit.

Da er infolge seiner schweren Verwundung keinen anderen Beruf mehr beginnen kann, wird er Gastwirt. Da er von dunklen Leuten als Polizeispitzel verdächtigt wird, beantragt er sofort ein Parteiverfahren gegen sich, das im Oktober 1923 noch nicht abgeschlossen war. Er

durfte daher auch damals keine Funktion ausüben und wurde auch nicht in die interne Parteipolitik eingeweiht.

Zur Anklage erklärte er: „Die Anklage des Staatsanwalts Reuter baut sich auf die Angaben des Spitzels Selbiger auf. Er ist ein Lump, und der Sozialdemokrat **Leuteritz** schlachtet dessen Lumpereien gegen mich aus. 5½ Monate habe ich auf Grund der Aussagen dieses Lumpen in Haft gesessen".

An diesem Augenblick unterbricht ihn der Staatsanwalt mit der Bemerkung:

daß auf Selbiger die Anklage Verzicht geleistet habe, und daß die Beurteilung dieses Subjekts durch ihn, den Staatsanwalt, die gleiche sei, wie durch die Angeklagten.

Rechtsanwalt Hegewisch verweist darauf, daß nach Auffassung der Angeklagten jetzt noch dem Fallenlassen des Spitzels die Haft Koeppens überhaupt nicht mehr gerechtfertigt werden könne. Genosse Koeppen fährt dann fort: „Als ich am 23. Oktober aufwachte, hörte ich schießen. Ich hatte vorher nur über die Verhandlungen mit dem ADGB. erfahren. Ich glaubte, der Generalstreik sei auf Grund der Verhandlungen mit dem ADGB. schon proklamiert und dabei gäbe es Zusammenstöße mit der Polizei. Ich ging auf Erkundigung aus.

Inzwischen waren die Barrikaden aus der Erde gewachsen und überall wurde geschossen."

Betreffs des Schreibens mit der Unterschrift Koeppens, auf dem die Anklage fußt, erklärt Koeppen in seiner ruhigen und ironischen Art: **„Selbiger ist schuld daran, daß mein Genosse Ziegler, ein Schneider von 54 Jahren, im Zuchthaus gestorben ist. Auf Grund der Aussagen dieses Hundes hat man den alten Mann als angeblichen Stoßtruppführer verhaftet.**

Es steht für mich fest, daß Selbiger auch das gegen mich ausgespielte Rundschreiben verfaßt hat. Bei meiner Verhaftung ist kein Stück Papier gefunden worden.

Wenn die KPD. den Aufstand vorbereitet, begeht sie nicht die Dummheit, gefährliche Rundschreiben mit richtigen Namensunterschriften auszugeben.

Daran sieht man die Dummheit dieses Spitzels, **daß er meinen** Namen offen unter das Rundschreiben gesetzt hat."

Da der Staatsanwalt eine weitere Debatte über den Fall Selbiger verhindern will, nimmt

Genosse Urbahns

das Wort: „Tatsache ist, daß bis Ende März Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter dem **Selbiger** aufs Wort geglaubt haben. Tatsache ist, daß Ziegler und andere monatelang nur wegen dieses Lumpen in Haft saßen. Wenn man nachher noch Material beschaffte, so muß das bei uns die Anschauung hervorgerufen, daß es zur nachträglichen Rechtfertigung dieses ungeheuerlichen Vorgehens geschehen ist. Von Anfang an sollte die kommunistische Bürgerschaftsfraktion getroffen werden. Sie ist auf Anordnung des Senats in Haft genommen worden. Auf Anordnung des Senats sind wir wie die Hunde gehetzt worden. Die ganze KPD. und ihre Funktionäre wurden von der SPD. und den Demokraten von Ort zu Ort gejagt. Zu diesem Zweck hat der Staatsanwalt von dem demokratisch-sozialdemokratischen Senat bestimmten Auftrag erhalten.

Der Generalstaatsanwalt hat sich im Mai noch im Reichstag auf den Selbiger berufen,

obwohl er die Unglaubwürdigkeit dieses Lumpen und politischen Hochstaplers längst gekannt hatte. Die Staatsanwaltschaft ist von unseren politischen Gegnern, Sozialdemokraten und Demokraten, beauftragt und zu diesem Prozeß gegen uns eingesetzt."

Die Nachmittagssitzung wird mit Verlesung von Zeitungsartikeln, Broschüren usw. ausgefüllt.

Heraus mit den politischen Gefangenen

Die kommunistische Fraktion hat im Preußenlandtag folgenden Urantrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, den nachstehenden Gesetzentwurf anzunehmen:

Entwurf eines Gesetzes über Strafreiheit für politische Straftaten.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel I

§ 1. Soweit die Zuständigkeit Preußens gegeben ist, wird Straffreiheit gewährt:

allen strafrechtlich Verfolgten und Verurteilten die teilgenommen haben

a) im Jahre 1918 und 1919 an der Staatsumwälzung und den daran sich anschließenden Kämpfen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Charakters bis zur Errichtung der neuen Staatsform;

b) im Jahre 1919 an den Bewegungen und Kämpfen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Charakters, die sich gegen die neuerrichtete Staatsform gewendet haben;

c) im Jahre 1920 an der Abwehr des Kapp-Putsches und den sich daran anschließenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kämpfen, sowie an den Vorbereitungen in Erwartung eines solchen Putsches;

d) im Jahre 1921 an der sogenannten Märzaktion, ihrer Vorbereitung und ihren nachwirkenden Bewegungen und Kämpfen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Charakters.

e) im Jahre 1923 an Bewegungen, Aufständen, Unruhen und Kämpfen wirtschaftlicher, militärischer und politischer Art anläßlich der Ruhrbesetzung und der sich aus dem plötzlichen Abbruch des passiven Widerstandes ergebenden wirtschaftlichen und politischen Folgen;

f) im Herbst 1923 an der Abwehr des von München aus für das ganze Reich geplanten Umsturzes und der sich im Winter 1923/24 daran anschließenden hochverräterischen Unternehmungen mit ihren wirtschaftlichen, militärischen und politischen Auswirkungen;

g) vom Jahre 1918 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes an Bewegungen und Unruhen, die verursacht werden durch Teuerung, Hungersnot, Inflation, Stillegung der Produktion, Arbeitslosigkeit und gleichartige soziale Erscheinungen.

§ 2. Innerhalb der Zuständigkeit Preußens wird ferner Straffreiheit gewährt:

allen Verurteilten und noch strafrechtlich Verfolgten auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik, sowie während des Ausnahmezustandes auf Grund von Verordnungen des Reichs- und der Länder sowie ihrer beauftragten Organe (Wehrkreiskommando, Oberpräsidenten, Reichspräsidenten) die Verbote erließen gegen die Kommunistische Partei, gegen die Kommunistische Jugend, gegen die Bildung von Hundertschaften, gegen die Kontrollausschüsse der Produktion und des Handels, gegen die Betriebsräte, gegen Versammlungen, Konferenzen, Kongresse, Arbeitertage, Plakate, Flugblätter, Zeitungen und Zeitschriften, sowie alle diejenigen, die wegen Beteiligung an Kämpfen, Demonstrationen, Umzügen gegen ihre politischen Gegner verurteilt sind.

§ 3. Straffreiheit wird schließlich auch gewährt:

Allen Verurteilten und noch strafrechtlich Verfolgten, die zu den unter 1 und 2 aufgeführten Handlungen aufgefordert, gereizt oder im Zusammenhang mit ihrer Verteidigung sich Pressevergehens schuldig gemacht haben

§ 4. Schwebende Verfahren sind niederzuschlagen, verhängte Strafen, rückständige Geldbußen und Kosten sind zu erlassen.

§ 5. Vermerke über bereits verbüßte Strafen, die unter die Straffreiheit fallen würden, sind im Strafregister zu löschen.

Artikel II

Das Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 24. Januar 1925.

Französische Genossen protestieren gegen die Inhaftierung des Genossen Tiedt

Paris, 27. Januar.

Die französische Bruderorganisation des Internationalen Bundes der Kriegsopfer protestiert in einem Telegramm gegen die Verhaftung des Bundesvorsitzenden, Genossen Tiedt, in Stuttgart durch die württembergische Polizei und fordert seine sofortige Freilassung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250128-10/fragment/page=0003

Gewerkschaftsbewegung

Neue Lohnforderungen der mitteldeutschen Metallarbeiter

Bevollmächtigten- und Geschäftsführerkonferenz des DMV.

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Eine am 25. Janauar stattgefundene Konferenz der Bevollmächtigten und Geschäftsführer des DMV. für Mitteldeutschland beschäftigte sich zunächst mit dem Thema: **Arbeiterrecht bei Entlassungen.** Vortragender war Professor Jörges. Er schilderte die Paragraphen des alten und seit 1918 neuen Bürgerlichen Gesetzbuches und ging dann dazu über, eine Reihe von Paragraphen des Betriebsrätegesetzes zu schildern, wie sie ausgelegt werden müssen und wie sie in Betracht kommen bei Entlassungen in Massen oder bei Einzelfällen. Der Vortragende verstand es sehr gut, den Funktionären des DMV. an einzelnen Beispielen die Paragraphen des Gesetzes in leicht verständlicher Weise vor Augen zu führen.

Nach dem Vortrag wurden reichliche Anfragen an Professor Jörges gestellt. Bei Frage und Antwort wurden noch Unklarheiten beseitigt und mancher guter Wink bei Streitfällen der Arbeiterschaft gegen das Kapital kam zum Vorschein.

Im 2. Punkt der Tagesordnung: **Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Metallbetrieben** kam allgemein zum Ausdruck, daß es notwendig sei, **die Löhne der Metallarbeiter zu erhöhen.** Folgende **Forderung** wird einstimmig aufgestellt für Anhalt, Magdeburg und Halle:

Facharbeiter 65, Angelernte 60, Ungelernte 50 Pfg. in der Spitze pro Stunde.

In Punkt 3 (Agitation) gab der Bezirksleiter Rößler den Stand der Mitglieder der Verwaltungsstellen im 5. Verbandsbezirk zahlenmäßig an vom Jahre 1914 bis zum Jahre 1924. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß eine rege Agitation einzusetzen hat in allen Verwaltungsstellen, **um die Austritte der letzten Jahre wettzumachen.** Von Rößler wurden noch Anregungen gegeben, wie die Agitation zu betreiben ist.

Es wurden sodann die **Betriebsrätewahlen** besprochen. Rößler gab bekannt, daß nach den Beschlüssen des Casseler Verbandstages die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nur auf einer rein gewerkschaftlichen Liste kandidieren dürfen, widrigenfalls Ausschluß aus der Organisation erfolgt.

*

Parteigenossen und Kollegen! Wenn alles das, was hier in kurzen Sätzen zum Ausdruck kommt, in die Tat umgesetzt werden soll und muß im Punkte Lohnforderungen sowie Arbeiterrechte, dann sorgt dafür, daß alle indifferenten und unorganisierten in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter **dem DMV. zugeführt** werden, denn es ist nur möglich bei einer stark ausgebauten Organisation, dem Unternehmertum das abzutrotzen, was ein Arbeiter braucht, um als Mensch leben zu können. **Genossen, tut Eure Pflicht! Kämpft für Zustände, die Euerer würdig sind!**

GEG

Diese Marke bürgt für gute Waschmittel

Hergestellt in den eigenen Fabriken der deutschen Konsum-Vereine

Haushaltseifen

Oranienburg. Seife ¼ Kg. 28 Pf.
Oberschal-Seife . ¼ Kg. 33 Pf.
Wachskern-Seife ¼ Kg. 30 Pf.
Doppelstücke GEG. . . 28 Pf.

Feinseifen

Schmierseife, gelb Pfd. 48 Pf.
Schmierseife, weiß Pfd. 52 Pf.
Rasierseife, Stangen Stck. 40 Pf.
Rasierseife Stck. 20 Pf.

Sauerstoffwaschmittel

Seifenpulver . Paket 28 Pf.
Schnitzelseife . Paket 22 Pf.
Schnitzelseife . Paket 40 Pf.

Famos 35 Pf.

Toilette-Seifen in reicher Auswahl

78 Zu haben in allen Verteilungsstellen des

Allg. Konsum-Vereins Halle

Stadt-Theater

Donnerstag 7½ Uhr

Zar und Zimmermann

mit den Damen: Kolb und Seelige
den Herren: Böhmer, Kathammer, Timäus, Wittrisch, Grimm, Kaufmann

Freitag 7½ Uhr

Orpheus in der Unterwelt

Die 3. Dekade der Freitag-Stammkarten w. bis Donnerstagabend entgegengenommen. 81

EINE HÖCHSTLEISTUNG

der deutschen Zigaretten-Industrie ist unsere Zigarette

ZETKO-GOLD

Die ägyptische Herstellungsweise und ihr volles, dickes Format geben der Zigarette einen wundervollen, aromatischen und weichen Geschmack. Trotz ihres billigen Preises ist dieselbe in 25-Stück-Luxus-Blechpackung verpackt und ermöglicht jedem Raucher den Kauf einer hochwertigen Qualitäts-Zigarette

3 Pf.

in allen Stadtgeschäften erhältlich

Mitteldeutsche Zigaretten-Fabrik Aktien-Gesellschaft
Halle a. d. Saale

*20

Zur Anfertigung feiner Herrengarderobe und Damenkostüme nach Maß empf. sich

Otto Bartelt
Drehhauptstraße 7

Sportmützen (gute Qualität) zurückgesetzte Muster 1,50, 1,25, 1,00 Mk.

J. Kaliga, Große Klausstr. 35 18

Kyffhäuser Caramel-Malzbier

ärztlich empfohlen
hoher Nährwert
raffinadegesüßt
pasteurisiert

Kyffhäuser-Bräu

das beliebte vollmundige Bier
für den Stammtisch

das erfrischende und anregende Getränk
für's Haus!

Bierbrauerei Kelbra vorm. Gebr. Joch, A.-G.

Fernsprecher: Roßla (Harz) Nr. 1

Alle Bücher

können durch unsere Buchhandlungen bezogen werden.

Metallformer u. Kernmacher

16 sucht

Arbeits- und Berufsamt der Stadt Halle

Fachabteilung für das Metallgewerbe
Großer Berlin 14

Bekanntmachung

Der Erwerbslosen-Beitragssatz von 1½%, des Grundlohns bleibt gemäß ministerieller Anordnung auch für den Monat Februar bestehen 18

Eisleben, den 26. Januar 1925

Der Verwaltungs-Ausschuß des Arbeitsamtes

Wir bringen 82

morgen, Donnerstag

ein Filmwerk so groß und gewaltig wie „Quo vadis“:

Scaramouche

10 Akte Aus den Tagen der großen französischen Revolution 10 Akte

Ein Film-Gigant von ungeheuren Ausmaßen

C.T.-Lichtspiele

Große Ulrichstraße 51

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, 28. Jan., abends 8 Uhr, „Volkspark“.

Halle-Saalkreis

Ammendorf. Generalversammlung am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im „Elsterthal“.

Kreis Merseburg

Lützen. Funktionärsitzung Mittwoch, 28. Januar, abends 8 Uhr, „Bürgergarten“.
Merseburg. Mitgliederversammlung Freitag, 30. Januar, 8 Uhr, „Funkenburg“.

Mansfelder Gebirgskreis

Hettstedt. Oeffentl. Volksversamml. Donnerstag, 29. Jan., 8 Uhr, „Hohenzollernpark“.

Mansfelder Seekreis.

Eisleben. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, dem 29. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“.

Kreis Delitzsch

Eilenburg. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im „Tivoli“.

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“.
Mühlbeck. Mitgliederversammlung Mittwoch, 28. Januar, abends 8 Uhr. Gasthof.
Zörbig. Generalversammlung Dienstag, 27. Januar, abends 8 Uhr, Lokal Hübner.
Zschornewitz. Generalversammlung Donnerstag, 29. Januar, 8 Uhr, Koloniegasthof.
Düben. Mitgliederversammlung Freitag, 30. Januar, abds. 8 Uhr, „Schützenhaus“.
Löberitz. Volksversammlung Sonnabend, 31. Januar, abends 8 Uhr, im „Reiter“.

Kreis Zeitz

Zeitz. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, dem 29. Januar, abends 8 Uhr, in der „Reichshalle“.

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im „Roten Löwen“.
Teuchern. Oeffentl. Volksversamml. Donnerstag, 29. Jan., 8 Uhr, „Grüner Baum“.

Kreis Liebenwerda

Plessa. Mitgliederversammlung Sonntag, 1. Februar, abds. 8 Uhr, im Lokal Ruck.

Kreis Wittenberg

Wittenberg. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, dem 29. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Freudenberg.

Z ZUBAN

Isarlust

3 Pf Schlager

die Marke des anspruchsvollen Kettenrauchers.
Mit Goldmundstück und ohne Mundstück.

G. Zuban München
Größte süddeutsche Zigaretten-Fabrik 77

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

Jungsturm.

Vorstand. Mittwoch, 28. Januar, 8 Uhr, Sitzung Restaurant Schützei, Kl. Ulrichstr.
Abteilung 6. Mittwoch, 28. Januar, 8 Uhr, Versammlung in der „Produktiv“.

Saalkreis

Löbejün. Freitag, 30. Januar, abends 8 Uhr, im „Adler“: Mitgliederversammlung.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 30. Januar, 7 Uhr, lange Stube, Vorstandssitzung mit Zug- und Gruppenführern. 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Sonnabend, 31. Januar, ½8 Uhr ab Berliner Bahnhof Abfahrt nach Günteritz.

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Freitag, 30. Januar, Abteilungs-Versammlungen der 1., 2., 3. u. 4.

Kreis Zeitz

Theißen. Mittwoch, 28. Jan., abends 8 Uhr, „Blauer Stern“: Mitgliederversamml.
Kreischau. Sonnabend, 31. Jan., abends 8 Uhr, Lokal Börner: Mitgliederversamml.
Zeitz. Sonntag, 1. Februar, 10 Uhr vorm., Rest. Wagner: Generalversammlung.

Hausfrauen! kauft nur bei unseren Inserenten!

Bekanntmachungen

Das städtische Wohlfahrtsamt gibt Brennholz in Blöcken zum Preise von 1,30 Mk. je Zentner ab. Der Kaufpreis ist sofort bei Bestellung zu bezahlen 17

Bestellungen werden angenommen:

a) von Kriegshinterbliebenen und Schwerkriegsbeschädigten Freitag, den 30. Januar, vormittags 8 bis 12 Uhr, Herrenstraße 10, Zimmer 6

b) von Sozialrentnern Montag, den 2. Februar, vormittags 8 bis 12 Uhr, Herrenstraße 10, Zimmer 6

c) von allen übrigen Minderbemittelten Freitag, den 30. Januar, vormittags 8 bis 12 Uhr, Herrenstraße 10, Zimmer 12

Es können je Haushalt nur 2 bis 3 Zentner abgegeben werden. Lieferung nach Art und Menge freibleibend

Eisleben, den 27. Januar 1925

Der Magistrat.

Wir teilen unseren Genossen mit, daß Wandergenosse

Adolf Thiele

am Sonntagabend im Alter von 72 Jahren verstorben ist

Adolf Thiele, ein Gründungsmitglied unserer Ortsgruppe, erkannte schon vor 15 Jahren, als die Arbeiterschaft diejenigen Genossen, die da Sonntags mit dem Rucksack hinauswanderten, verlachte, daß das Wandern das Mittel zum Zweck ist, die arbeitende Bevölkerung dem Sozialismus entgegenzuführen. Konnte er auch wenig am Vereinsleben teilnehmen, so war er doch immer ein eifriger Förderer unserer Bewegung, und als solchen werden wir sein Andenken stets in Ehren halten 80

Die Einäscherung erfolgt Donnerstag nachmittag 3 Uhr auf dem Gertraudenfriedhof und bitten wir unsere Genossen, sich zahlreich zu beteiligen

Touristenverein „Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Halle a. d. S.

Programme sowie alle Vereinsdrucksachen liefert die Produktiv-Genossenschaft, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr 14.

Suche im Süden gegen Abstand
1 bis 2 leere Zimmer
Ebert, Schmiedstraße 19
Tel. 3734 79

Werbt für d. Klassenkampf

Empfehle allen Genossen und Genossinnen meinen
Herren- u. Damen-Frisiersalon 2
Gute und schnelle Bedienung zugesichert.
Rich. Kutzschbauch, Gr. Klausstr. 7

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250128-10/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Die Politisierung der Zellen

Von A. M.

Was unsere Zellen und jedes einzelne Mitglied lernen muß

Die Monate, die vor uns liegen, werden große Umschichtungen in der gesamten Bevölkerung bringen. Dafür sorgt unter anderem der Wahlausfall, der eine glänzende Illustration ist der Redensarten über die „Entscheidung" durch Wahlen. Noch mehr wird dafür sorgen die Kette von Krisen, die sich notwendigerweise durch die Dawes-Gesetze ergeben werden.

Deshalb ist es notwendig, daß jede Zelle und jedes Mitglied die Arbeitsmethoden überprüft und verbessert.

Wenn bei dieser „Entscheidung" — der Reichstagswahl — noch so viele Arbeiter ihre Stimmen der SPD. und den Deutschnationalen gaben, so nicht nur deshalb, weil sie „angeborene" Illusionen besitzen, sondern weil unsere Partei es noch nicht verstanden hat, diese Illusionen vernünftig zu bekämpfen. Wir haben durchaus richtige, grundsätzliche, klare Agitation und Propaganda betrieben, und das wird seine Zinsen mit Zinseszinsen tragen. Aber wir verstehen es offenbar noch nicht, individuell die Arbeiter, Kleinbauern, kleinen Beamten usw. zu bearbeiten.

Folgendes waren offenkundige Fehler unserer Arbeit: 1. Fallen unsere Genossen allzu leicht auf Suggestivparolen der Gegner herein. Wenn die die Losung ausgaben, daß die Kommunisten dieses Mal „aufgerieben" werden würden, so mußten wir überall zeigen, wie idiotisch diese Losung war: es sind doch Fragen der Klassenverhältnisse, der Klassenlage, der Klasseninteressen, die sich sogar in solchen Abstimmungen zeigen. Wir müssen deshalb sofort (eben des Wahlausfalles wegen) klipp und klar erklären, daß wir bei der nächsten Wahl, die sehr bald kommen kann, mindestens fünf Millionen Stimmen erobern wollen, obwohl wir wissen und laut sagen, daß solche Wahlen keine Entscheidung bringen. Wir müssen jede Voraussage begründen durch die Klassenkonflikte, die aus dem Dawes-Plan entstehen.

2. Wir sind Gegner des Parlamentarismus und sollen ihn unaufhörlich als Betrug entlarven. Alle anderen Parteien sind parlamentarische, kretinmäßig parlamentarische Parteien. Deshalb erzählen sie überall und ewig Märchen über parlamentarische Leistungen und Heldentaten. Unsere Genossen werden ihnen nur dann richtig entgegentreten können, wenn sie a) die Tatsachen wirklich kennen, woraus folgt, daß in jeder Zelle ein Genosse mit der Ueberwachung der parlamentarischen Komödien speziell beauftragt wird und daß unsere Parlamentsfraktionen regelmäßig Bericht erstatten, b) den Mechanismus des Parlamentarismus wirklich kennen, woraus folgt, daß jede Zelle sich darüber grundsätzlich orientieren muß, d. h. die marxistische Lehre vom Staat in Fleisch und Blut übernommen haben muß und dazu die heutigen tatsächlichen Verhältnisse (Parlament, Regierung, Exekutivappart, Morgan-Kontrolle) konkret kennen muß (mit Namen, Art des Funktionierens usw.), c) unsere parlamentarische Tätigkeit genau kennt und zu erklären versteht.

3. Der Dawes-Plan erscheint noch vielen Arbeitern als ein „Ausweg". Es ist vollkommen sinnlos, diese Arbeiter usw. als „Dummköpfe" oder „Verräter" anzufahren. Man muß ihnen geduldig, konkret, d. h. aus der täglichen Erfahrung, alle Wirkungen des Dawes-Planes zeigen. Daraus folgt: a) daß jeder Genosse diesen Plan im allgemeinen genau kennen muß, b) daß jede Zelle im besonderen ihre individuellen Agitationsmethoden ausarbeiten muß, c) daß die einzelnen „Gegner" individuell behandelt werden müssen, was nicht Prinzipienlosigkeit, sondern Biegsamkeit der Arbeitsmethoden bedeutet.

4. Unsere Forderungen, Losungen und Lösungen dürfen nicht abstrakt, allgemein propagiert werden, sondern müssen so konkret aus dem täglichen Leben entwickelt werden, daß sie leicht begriffen werden. Daraus folgt: a) daß jede Zelle unsere Losungen genauestens durchberaten muß, d. h. sie bis in ihre Wurzeln zerlegen, zerfasern und wieder zusammensetzen muß, b) konkrete Agitationsmethoden anwenden muß, c) mit diesen Methoden an die Arbeiter usw. individuell heranzukommen lernen muß: im Betrieb, in der Gewerkschaft, im Hause usw.

Alles das zusammen ergibt, daß unsere Zellenarbeit in ein neues Stadium treten muß, das Stadium gesteigerter politischer Arbeit mit gut durchdachter Arbeitsteilung (ein ständiger Referent aus der Zelle über innenpolitische Ereignisse, einer über außenpolitische, einer über SPD., einer über die anderen Gegner, über wirtschaftliche Lage, gegnerische Organisationen usw.). Die Zellen müssen wöchentlich mindestens einmal regelmäßig kurze sachliche politische Sitzungen abhalten mit ganz kurzen Referaten der ständigen Referenten über ihre Gebiete, mit Zusammenfassung. Die Zellenleitungen müssen diese Referate vorbereiten, die Zellenzeitungen die Ergebnisse enthalten, d. h. politischer werden. Es ist falsch, „gegen" die „hohe Politik" zu sein, vielmehr muß man die Arbeiter zu „hoher Politik" erziehen, und zwar in guter, leicht aufnehmbarer Form.

Ferner müssen wir es endlich lernen, die Frauen richtig zu bearbeiten. Auch das ist Sache der Zellen. Wir müssen an die anders organisierten Arbeiter herankommen, in ihre Organisationen eindringen und dort geduldig arbeiten. Wir müssen die günstige Entwicklung nach den Wahlen (Bankrott aller Versprechungen, Ebert-Prozeß, Barmat-Geschichten usw.) ausnützen, um alle ehrlichen Arbeiter aus dem Reichsbanner, der eigentlichen SPD. zu ziehen. Wir müssen schließlich die angeknüpften Beziehungen zum flachen Land festigen und neue anknüpfen.

Das sind einige Kampfaufgaben für die Zellen.

Die Herrschaft der Grubenbarone

Grube „Neue Sorge" bei Theißen

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Am Silvestermorgen hatte die gesamte Belegschaft der Grube beschlossen, nur bis 2 Uhr zu arbeiten. Der Betriebsrat hatte dies vorschriftsmäßig im Bureau gemeldet, also konnten keine Schwierigkeiten entstehen. Um 12 Uhr mittag kommt auf einmal der Fahrsteiger Dittrich auf Anweisung der Direktion und droht, alle, die eher aufhörten, zu bestrafen. Die Arbeiter ließen sich jedoch nicht einschüchtern und **verließen bis auf 4 Mann die Grube.** Wegen dieser 4 Flaumacher mußten im Werk 13 Mann noch an den Maschinen bleiben. Letztere sollten auch mitgehen, und so waren die 4 „Liebkindknappen" gezwungen, aufzuhören. Also das nächste Mal besser!

Das neue Jahr fing auf unseren Spittel gut an. Früh um 10 Uhr kommt der ungekrönte „König", um sein Reich der braunen Diamanten zu besichtigen. Er fragt den Meister Schlengstädt, wie lange die Proleten am Silvesternachmittag gearbeitet haben. Als er die Antwort erhält: bis 2 Uhr, meinte er: „Die brauchen wohl kein Geld? **Wir werden die Brüderchen schon kriegen!"** Ein Arbeiter, der in der Nähe der beiden „Gewaltigen" stand, mußte still vor sich hinlachen. Das machte den Gestrengen fuchswild, er stürmte auf den Proleten zu und brüllte: **„Sie brauchen nicht zu grinsen, Sie sind der erste, der die Papiere kriegt!"** Der Arbeiter antwortet ihm in aller Seelenruhe: Da kann ich mir auch nicht helfen, scheiß deswegen auch nicht in die Hosen!" Als der Ungekrönte dies hörte, schnauzte er den Arbeiter an: er solle nicht zu frech werden! Da packte auch den Proleten die Wut und er gab die treffende Antwort: **Es wird schon mal eine Zeit kommen, wo wir abrechnen!**

Dies wollte nun König zweimal hören, da ihm anscheinend der Schreck in die Glieder gefahren war und er es nicht gleich verdaut hatte. Er ließ den Arbeiter sofort Schluß machen und entließ ihn fristlos „wegen allgemeiner Frechheit."

Beim Abholen der Papiere auf dem Werke in Zeitz wollte der Schreiber wissen, warum der Arbeiter D. fristlos entlassen worden ist. Dies hörte König, der im Bureau war, und sofort kam er angestürzt und „instruierte" den Schreiber nach seiner Art.

Die Entlassungsbescheinigung war auch danach. Der Arbeiter war nach § 82 der Berggesetze, Absatz 3, wegen „Arbeitsverweigerung" und Absatz 5 wegen „Beamtenbeleidigung" entlassen worden.

Deswegen kam es zur Klage, hauptsächlich wegen der achttägigen Kündigungsfrist. Herr König unterschob nun auf dem Gericht dem Arbeiter, er soll ihm hinterhergerufen haben „Du Hosenscheißer!" **Ein Riebeck-Stinnes-Vertreter,** ein Assessörchen, der mit zugegen war, erklärte u. a.: Herr König würde in den Arbeiterblättern herumgeschmiert und ähnlichen Quark mehr. Auf die Aussagen der Zeugen des Arbeiters D. wurde gar kein Wert gelegt. Als König geschworen hatte, wurde der Prolet eben schuldig gesprochen. So sieht es heute auf allen Gerichten aus. Der Prolet bekommt nie recht. „Die fristlose Entlassung geschah zu Recht!" Das war der Urteilsspruch.

Den anderen Proleten wurde jedoch nichts geschenkt für ihre Ungehorsamkeit vom Silvester her. Alle, die eher aufgehört hatten zu arbeiten, wurden mit 2 Mark bzw. 3 Mark Strafe belegt. Die Summe wurde gleich vom Lohne abgezogen! So geht es zu im Reiche des „ungekrönten Königs".

Sorgen die Proleten dafür, daß der Ausspruch ihres gemaßregelten Kollegen: „Es wird schon mal eine Zeit kommen, wo wir abrechnen", bald zur Wahrheit wird.

Werbt

damit Ihr in den kommenden Kämpfen nicht mittellos der sich brutal auf Euch stürzenden Reaktion gegenübersteht

für

das Organ, das Ziel und Weg weist zu Eurer Befreiung. Diese kann nur durchgeführt werden durch

die

Anwendung aller Mittel des revolutionären Klassenkampfes. Zu den wichtigsten Kampfmitteln gehört die

kommunistische Presse!

Unternehmerpraktiken in Neßlers Reich

Linke-Hoffmann-Lauchhammer — Abtlg. Eisenwerk Lauchhammer

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Vor einigen Monaten wurde in Lauchhammer eine größere Anzahl Arbeiter entlassen. Nachdem dieselben das Nichtstun und natürlich auch das Hungern geraume Zeit kennen gelernt hatten, fühlte sich die Betriebsdirektion bewogen, einige von ihnen wieder einzustellen. Die Leute wurden aber nur auf sechs Wochen angenommen. Genau wie in der Vorkriegszeit beim Militär: Jedes Jahr sechs Wochen Uebung, damit man das Kriegspielen nicht verlernte, und hier ab und zu etwas Arbeit, damit man sie nicht verlernt und damit man auch nicht ganz verhungert. Als nun die sechs Wochen um waren, bekamen diese Leute auch prompt ihre Kündigung, die aber schon am nächsten Tage wieder zurückgenommen wurde. Das Arbeitsverhältnis ist um sechs Wochen verlängert worden. Der Zweck der Sache ist wohl jedem klar. Man will dem Proleten zeigen, daß er keinen Anspruch auf Arbeit und Brot hat. Indem ihm dauernd das Gespenst der Arbeitslosigkeit vor Augen geführt wird, will man ihn gefügig machen. Das geschieht in einem Betriebe, in dem ein Willy Neßler, Angestellter im DMV. (Wer ruft da „Pfui"?) angeblich noch „Einfluß" hat. Es wird die höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft die richtigen Männer an diese Stellen setzt, damit ein jeder wieder Vertrauen zur Gewerkschaft bekommt und der Betrieb bis auf den letzten Mann organisiert und kampfbereit ist.

Ein „freundlicher" Beamter

Krughütte Mansfeld A.-G.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Der Sekretär des Hüttendirektors von der Ropp auf „Krughütte", Herr Uhde, ist einer der nervösesten Beamten, die die Mansfeld A.-G. beschäftigt. Wie ein treuer Hund behütet dieser Sekretär das Direktorenzimmer, damit ja kein Unberufener in dieses Heiligtum hineinkommt. Als letztens der Botenjunge einmal, ohne anzuklopfen, in das Vorzimmer trat, wurde er mit den allerbesten Schmeichelworten wieder hinausbugsiert und mußte dann draußen warten, bis er durch Uhde hereingerufen wurde, und das, trotzdem einige Beamte auf die Bücher warteten, die der Botenjunge brachte. Der Herr benimmt sich auch anderen Leuten gegenüber so. Wir möchten Herrn Uhde zurufen, an den Ottoschacht zu denken; wir meinen, das sollte genügen. Schließlich reißt jeder straffgespannte Bogen.

Nette Behandlung der Landproleten

„Fürstliche" Domäne Roßla

(Von unserem Arbeiterberichterstatter.)

Wir haben hier noch eine „fürstliche" Domäne. Die Zustände dortselbst sind aber alles andere denn „fürstlich". So schickte letzthin ein Arbeiter seine Frau auf den Gutshof, um ein paar Bündel Stroh zu holen gegen die Abgabe von Dung. Aber da kam die Frau schön an. Der Buchhalter schritt ein und erklärte einfach, es wäre kein Stroh da! Als die Frau dagegen erwiderte, sie hätte den Dung abgegeben und hätte dafür Anrecht auf Stroh, sagte der Herr Buchhalter, sie sollte den Mund halten; er wolle die Hunde los machen, wenn sie nicht mache, daß sie vom Hofe komme!

Ein anderer Fall: Ein alter Arbeiter, der schon 45 Jahre auf der Domäne beschäftigt ist, war krank geworden. Was tat man? Man versuchte nun, dem kranken Arbeiter **Deputat** und **Mietentschädigung,** was beides ihm nach dem Tarif zusteht, **zu entziehen.** Erst auf Vorstelligwerden des Vorsitzenden der Landarbeiter-Zahlstelle wurde dem Arbeiter die Mietentschädigung weitergezahlt.

Landarbeiter, Ihr könnt an diesen Beispielen ersehen, wie man mit Euch umzuspringen versucht. Organisiert Euch, gewerkschaftlich und politisch, und werdet auch Leser des „Klassenkampf"! Schließt Euch zusammen und erkämpft Euch andere, bessere Zustände. Der Front des Ausbeutertums muß die proletarische Front in Stadt und Land entgegengestellt werden. Als gewerkschaftliche Organisation kommt der Deutsche Landarbeiterverband in Frage, als politische die Kommunistische Partei, die einzige Arbeiterpartei, die wirklich die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt.

Ein Opfer des Grubenkapitals

Grube „Vollert" bei Teuchern

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Am Dienstag, dem 26. Januar, nachts ½10 Uhr, kam der Arbeiter Richard Schade aus Teuchern **der Starkstromleitung zu nahe** und wurde **sofort getötet.** Schade hatte um diese Zeit nachts eine gefährliche Arbeit verrichten müssen, wobei er den Tod fand. Tagsüber ist keine Zeit dazu, es werden ja jeden Tag Arbeiter entlassen, es wird immer mehr eingeschränkt, so daß Unglücksfälle immer häufiger werden. Wir fordern eine strenge Untersuchung des Unfalles, damit die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden können.

Abzug der Kirchensteuer vom Arbeitslohn!

Paul-Schacht — Mansfeld A.-G.

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Trotzdem immer und immer wieder aufgefordert worden ist, der kirchlichen Verdummungsanstalt den Rücken zu kehren, gibt es immer noch eine ganze Anzahl Arbeiter, die noch Mitglieder einer Kirchengemeinschaft sind. Von diesen fordert nun alljährlich die Kirche ihren Tribut in Form von Steuern. Bei den jetzigen elenden Verhältnissen, in denen sich die Arbeiter befinden, fällt es ihnen natürlich schwer, diese höchst überflüssigen Steuerbeträge zu zahlen. Die Kirche kennt aber keine Rücksicht und setzt einfach das Pfändungsverfahren durch; das Kapital hilft ihr dabei bereitwilligst. So wurden vorige Woche einer Anzahl Arbeiter kurzerhand die **Kirchensteuern vom Lohn abgezogen!** Was fragen Kirche und Kapital danach, ob der Arbeiter etwas zu essen hat! Die Arbeiter tun gut, für die abgezogenen Steuern schleunigst eine Lohnerhöhung durchzukämpfen und auch sofort aus der Kirche auszutreten!

28. 1. 25

Für saure Arbeit kein Lohn!

Sallat & Sohn, Möbelfabrik, Bitterfeld

(Von unserem Arbeiterberichterstatter.)

Bei der vorgenannten Firma herrschen geradezu unglaubliche Zustände. Lohnzahlung erfolgt am Sonnabend, d. h. wenn Geld da ist. ½5 Uhr ist Feierabend, aber bis die paar Kröten ausgezahlt sind, vergehen immer noch einige Stunden. Dabei sind im Betrieb nur beschäftigt vier Gesellen, fünf Lehrlinge, zwei Meister und ein Geschäftsführer. Vielfach gibt es nur ein paar Mark Abschlagszahlung. Die Gesellen haben im Durchschnitt noch zwei Wochenlöhne im Rückstand; sogar die Lehrlinge haben bei 5 Mark Wochenlohn noch jeder etwa 20 Mark zu bekommen, einer sogar 30 Mark. **Am letzten Zahltage gab es überhaupt nichts.** Der Geschäftsführer verschwand und ließ sich vor Montag nicht wieder sehen. Die Gesellen und Lehrlinge hatten am Sonnabend und Sonntag nichts zu knabbern.

Es scheint fast, als ob der Unternehmer mit den rückständigen Lohngeldern arbeiten wolle. Die Arbeiter haben ein Recht darauf, daß ihnen am Zahltage auch ihr sauerverdienter Lohn zuteil wird. Das ist doch das mindeste, was man verlangen kann.

SPD.-Betriebszeitungen

Den Sozialdemokraten bereiten unsere Betriebszeitungen die größten Verlegenheiten. Sie selbst können es den einfachen SPD.-Arbeitern nicht überlassen, solche Betriebszeitungen herzustellen, denn diese sind nicht gerissen genug, um die verräterische Schaukelpolitik der SPD.-Führer zu „begründen". Es gäbe da ununterbrochen Konflikte zwischen den Ansichten der SPD.-Arbeiter in den Betrieben und den SPD.-Führern. Was in den kommunistischen Zellenzeitungen geschrieben und aufgedeckt wird, ist stichhaltiges, lebendiges Tatsachenmaterial, das man nicht hinwegleugnen kann. Die Rolle vieler sozialdemokratischer Betriebsräte als Handlanger des Unternehmers wird so offenkundig, daß gegenüber der Belegschaft einfaches Ableugnen in dieser nur höhnisches Lächeln hervorruft.

Die SPD.-Führer haben bisher versucht, durch ihre Freunde bei der Polizei oder durch Denunziererei innerhalb der Betriebe die Kommunisten aus der Arbeit herauszubringen. Die Betriebszellen haben darauf reagiert mit geschickterem und klügerem Arbeiten. In einigen Fällen haben es nun die SPD.-Führer versucht, von außerhalb des Betriebes **Nachahmungen unserer Zellenzeitungen** in die Belegschaft zu schmuggeln. So gaben sie z. B. in Jena eine falsche „Zeiß-Lupe" (Organ der Zeiß-Zelle) und in Gera einen falschen „Hirschproleten" (Zellenzeitung der Textilfabrik Hirsch) heraus. In beiden Fällen war es für sie ein großes Fiasko und eine glänzende Propaganda für die Kommunisten. Die Arbeiter stellten nämlich fest, daß in diesen falschen Zeitungen zwar jede Zeile eine wüste Hetze gegen die Kommunisten enthielt, daß aber kein einziges Wort sich gegen die Unternehmer wendet. Wenn die Arbeiter dann auch noch merkten, daß die Meister und Spitzel, die sonst wie der Teufel hinter der armen Seele hinter der richtigen Zellenzeitung her sind, nunmehr selbst die falsche Zeitung verbreiteten, wenn die Arbeiter das vergnügte Gesicht der Direktoren sahen, dann leuchtete es ihnen ein: die Kommunisten haben doch recht, die SPD. ist eine Unternehmerpartei.

Gegenüber unseren Zellenzeitungen ist die Sozialdemokratie machtlos. Deshalb Genossen: **In jedem Betrieb eine Betriebszellenzeitung!**

Arbeiter! Genossen!

Berichtet aus den Betrieben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250128-10/fragment/page=0005
DFG

Halle und Saalkreis

Städtische Skandale und kein Ende

Monarchistenjunker Görg als Scharfmacher

Wer erinnert sich nicht der skandalösen Tatsache, daß der Pächter des Stadtgutes Gimritz, der Oberamtmann Görg, am 11. Mai vorigen Jahres den Helden des Weltkrieges und des Bürgerbräukellers, Ludendorff, freundschaftlich bei sich beherbergt hatte? Wer weiß nicht, daß dieser Pächter des hallischen Stadtgutes damals zu Ehren des einen einen andern Ochsen braten ließ? Diesem reaktionären Herrn, der sich auf Kosten des Stadteigentums gefüllt gemacht hat, wird Gimritz bald nicht mehr als Betätigungsfeld für seine faszistischen Interessen dienen. Bekanntlich wird Gimritz in eigene Regie der Stadt übernommen

Um sich aber einen für Stahlhelmleute würdigen Abgang zu verschaffen, kujoniert er noch schnell die Arbeiter, die ihm seine Profite erschuften mußten.

Geradezu ungeheuerliche Tatsachen werden da bekannt. Und Görg gibt diese selbst nicht nur zu, er fügte sich auch nicht gerichtlichen Beschlüssen, beschimpft einen in seiner Fron blind gewordenen Arbeiter schriftlich und krönte diese echt nationale Schandtat mit der zynischen Bemerkung, daß man ihn als

königlich-preußischer Oberamtmann

anzureden habe.

Es ist wahrhaftig königlich-preußisch, was dieser bornierte Spießer sich geleistet hat. Folgender Vorfall wird uns berichtet:

Im Februar 1921 mußte der Arbeiter Johann Jany eine geschlossene Abortgrube reinigen, die nach Auslage des Stadtgutpächters Görg **seit acht Jahren nicht gereinigt worden war.** Am anderen Tage hatte J. heftige Schmerzen am linken Auge. Am 4. März 21 verlangte er vom Buchhalter Kanzler, die Sache dem Unfall zu melden. Dieser sagte ihm: „Das ist kein Unfall, sondern dafür bekommen Sie Invalidenrente." Er begab sich in Behandlung zum Spezialarzt Dr. Krukenberg, welcher feststellte, daß die Sehkraft des linken Auges vollständig verlorengegangen war. Eine Operation verlief negativ. **Mit der Zeit verlor Jany auch auf dem rechten Auge die Sehkraft.**

Die Verwaltung fürzte ihm den Wochenlohn derart, daß der Schlichtungsausschuß angerufen werden mußte. Der Schlichtungsausschuß hielt einen Barlohn von 50 Prozent des Lohnes der Vollwertigen für angemessen und sprach ihm den vollen Deputatlohn zu. Außerdem wurde der Arbeitgeber verpflichtet, Jany in ärztliche Behandlung zu schicken. **Görg hielt sich nicht an den Schiedsspruch.** J. erhielt statt einen Morgen, nur einen Viertelmorgen Kartoffelacker und nur die Hälfte des Deputats. Außerdem hätte er 30 Ruten Klee, 10 Ruten Futterrüben und 1½ Zeniner Getreide als Wirtschaftsbeihilfe erhalten müssen. Aus Furcht vor der Entlassung hat er keine Forderungen gestellt. Am 5. Dezember 1924 wurde er zum 19. Dezember gekündigt. Als die anderen Kollegen am 5. Dezember die Wirtschaftsbeihilfe erhielten, wagte auch J. seine Forderung vorzubringen. Am 9. wurde er nochmals beim Buchhalter Manhardt vorstellig, welcher ihn an Görg verwies. Am 12. Dezember fragte er Görg persönlich. Dieser sagte ihm: **„Sie haben nichts zu beanspruchen, Seien Sie froh, daß ich Sie im** Frosen erhalten habe. Scheren Sie sich sofort vom Hofe, ich will Sie nicht mehr sehen." J. erwartete im Pferdestall seinen Sohn, der ihn nach Hause bringen sollte. Hier traf er den Inspektor Oppermann, dem er den Vorfall erzählte. Dieser sagte ihm durch den Aufseher Ebelt, er solle nicht wieder zur Arbeit kommen, den Lohn werde er ihm für die Kündigungsfrist auszahlen.

Görg erhielt nun durch das Amtsgericht einen Zahlungsbefehl en zu wenig gezahlten Lohn zugestellt, auf welchen Görg rmehen antwortete:

H. Görg. Halle-Gimritz, den 14. Januar 1925.

An das

Amtsgericht

Halle a. S.

Betrifft Zahlungsbefehl Geschäftsnummer 24 B 556/25.

Gegen den vom 8. und bei mir am 14. Januar 1925 eingegangenen Zahlungsbefehl von dem unverschämten Invaliden Jany, welcher durch Vorspiegelung falscher Tatsachen denselben gegen mich erlassen hat, erhebe ich hiermit schärfsten Einspruch.

Ferner verbitte ich mir, den mir gebührenden Titel königlich-preußischer Oberamtmann wegzulassen.

gez.: H. Görg.

Der königlich-preußische Menschenschinder hat außerdem Auftrag gegeben, daß Jany eine hohe Fichte roden sollte, die als Nutzholz verzeichnet wurde, obgleich Görg das Ausroden von Bäumen auf Gimritz ausdrücklich verboten ist. Es sollen ferner mehrere Bäume gerodet worden sein, die als Zaunpfähle im neuen Besitztum des Görg verwendet werden sollen. Die Strohdiemen, welche der Stadt abgegeben werden müssen, sollen schon halb verfault sein.

Es ziemt sich natürlich für einen Monarchisten wie Görg, die Stadt zu betrügen, wo es nur geht. Es war höchste Zeit, daß man diesem ehrenwerten Pächter das Gut nahm. Aber damit sind seine Unverschämtheiten noch nicht gesühnt.

Es muß strengste Nachprüfung sämtlicher Unregelmäßigkeiten von seiten des Magistrats vorgenommen werden, damit die Stadt nicht noch mehr Schaden erleidet.

Und was gedenkt das Amtsgericht auf die Aeußerungen des Herrn Görg hin zu unternehmen?

Adolf Thiele tot

Im Alter von 72 Jahren verstarb am Montag Adolf Thiele, lange Zeit führendes Mitglied der hallischen Sozialdemokratie. Ueber vierzig Jahre hat er sich politisch betätigt, zuerst in Sachsen, danach im Bezirk Halle-Merseburg. Mehrere Perioden war er vor dem Kriege Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Zeitz-Weißenfels-Naumburg.

Sein Weg war der der SPD. von Bebel zu Ebert. Von Beruf Lehrer, ging er als „Radikaler" 1894 in die Redaktion des hallischen „Volksblatt", um sich sehr bald als „Revisionist" der Richtung Bernstein zu entpuppen. Trotzdem die große Mehrheit der SPD. diese Auffassung ablehnte, propagierte er sie doch immer wieder im Blatte. Als die Budgetbewilligungs-Affäre zur Entscheidung kam und Thiele zu den 66 gehörte, die auf dem Parteitag für die Budgetbewilligung durch die Sozialdemokratie eintraten, kam es in Halle zu einem besonders scharfen Konflikt, im Verlauf dessen die Richtung Kunert-Albrecht-Reimann Thiele mit noch anderen aus der Redaktion des „Volksblatt" entfernte. Im Kriege war er natürlich begeisterter Kreditbewilliger und Denunziant oppositioneller Parteigenossen. Die Revolution war ihm zuwider; wenn er sich im November 1918 ein paar Wochen auf den „Boden der Tatsachen" stellte und im Arbeiterrat mitwirkte, so nur zu dem Zweck, die revolutionäre Arbeit und den Kampf zu sabotieren. Im Prozeß gegen den Genossen Kilian wurde gerichtsnotorisch, daß Thiele die Entsendung des Generals Maercker nach Mitteldeutschland bei Noske ausdrücklich nachgesucht hatte. Festgestellt wurde ferner, daß Thiele am 1. März 1919 neben General Maercker an der Spitze der auf die hallischen Arbeiter losgelassenen Reichswehrkolonne von Ammendorf nach Halle eingerückt ist. Als Anerkennung für diese schuftige Beihilfe zum Arbeitermord machte ihn der damalige Innenminister in Preußen, der sozialdemokratische Renegat Heine, zum Landrat des Saalkreises, obwar Thiele damals schon das 65. Lebensjahr, die Altbaugrenze, überschritten hatte, also überhaupt nicht angestellt werden durfte, obzwar im Kreistag weder Unabhängige noch Bürgerliche von seiner Landratschaft etwas wissen wollten. Vor drei Jahren wurde Thiele wegen hohen Alters mit etwas Pension abgebaut. Seitdem ist er öffentlich nicht mehr hervorgetreten.

Thiele verkörperte in seiner Person und seiner politischen Laufbahn in geradezu klassischer Weise die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von der Arbeiterpartei zur Partei der ausgesprochenen Konterrevolution. Die Entwicklung von Bebel, Singer und Liebknecht zu Heine, Severing, Noske und Ebert. Die Anbeter dieser Politik — die Schulz, Garbe, Herzig, Petersdorff, Müller —, mögen Thiele das verdiente Denkmal setzen; Drescher, einstens auch „Radikaler", dem Thiele gelegentlich einer politischen Auseinandersetzung Ohrfeigen angeboten hatte, mag an seinem Grabe die allerdichte Träne weinen — das revolutionäre Proletariat Mitteldeutschlands sendet ihm einen Fluch ins Grab.

Genosse Oelßner frei!

Wuchtige Empfangsdemonstration des hallischen Proletariats — Heraus mit den Siebentausend

Die Freilassung des Genossen Oelßner jun., den die Ordnungs- und Justizskanaille für länger als ein Jahr aus unserer Mitte riß, gab den Anlaß zu einer gewaltigen und eindrucksvollen Amnestiekundgebung des hallischen revolutionären Proletariats. Der ehemalige Sträfling Nummer 22 des Cottbuser Gefängnisses traf gestern abend mit dem Zuge 9.07 Uhr hier ein und wurde am Bahnhof begeistert empfangen.

Obwohl der Tag des Abschlusses seiner Strafverbüßung im allgemeinen nicht bekannt war, hatte sich dennoch vor dem Bahnhofsvorplatz der Thielenstraße eine weit über tausend Köpfe zählende Menschenmenge eingefunden, die an der Begrüßung des Genossen Oelßner teilnehmen wollte. Die Thielenstraße entlang, umgeben von einem bis an die Zähne bewaffneten Polizeikordon, hatten die Kameraden des Roten Frontkämpferbundes, mit dem Spielmannszug an der Spitze, in langen Reihen Aufstellung genommen. Der Zugang zum Bahnhof war von der Polizei abgesperrt. Auf dem Bahnhof selbst waren nur die nächsten Verwandten, einige Genossen der Partei und Kameraden des Roten Frontkämpferbundes anwesend. Der Zug lief pünktlich ein. Die Begrüßung des Genossen war eine kurze, aber herzliche. Die Gesichter der Polizeioffiziere und der Neugierigen des Bürgertums wurden merklich länger, als sie den wegen Hochverrats bestraften Jugendgenossen sahen. Sie hatten sich scheinbar unter einem Hochverräter einen großen kräftigen Mann im gesetzten Alter vorgestellt und waren nun ganz enttäuscht, einen jungen Menschen zu sehen. Und das mag auch dieser Gesellschaft zur Schande gesagt sein, daß die in ein demokratisches Mäntelchen gekleidete Ordnungsbestie nicht davor zurückschreckt, selbst die Jugend auf Jahre in die Zuchthäuser und Gefängnisse der freiesten Republik wirft, während sich auf der anderen Seite die wirklichen Verbrecher, Hochverräter und Massenmörder nicht nur der Freiheit, sondern auch darüber hinaus des Wohlwollens und der Unterstützung der deutschen Klassenrichter erfreuen.

Auf dem Thielenplatz wurde Genosse Oelßner mit einem kräftigen „Rot Front" begrüßt, in das die umstehende Menge begeistert einstimmte. Dann setzte sich der Demonstrationszug, unter Vorantritt des Spielmannszuges des RFB., in Bewegung.

Der Zug, der nur aus Frontkämpfern bestand, wurde von einer gewaltigen Menschenmenge begleitet, die begeistert in das Rote Soldatenlied der Frontkämpfer einstimmte. Ueberall wurden die Fenster geöffnet und überall war ein Gefrage der Unbeteiligten, was dieser gewaltige und machtvolle Demonstrationszug in den Abendstunden für eine Bedeutung habe. Fette Bourgeois, die noch immer ein hähnendes Lächeln ob der Demonstrationen des Proletariats fanden, verloren augenscheinlich die Fassung und werden sicher ihre Luther-Regierung auffordern, derartige Straßenumzüge der klassenbewußten Arbeiterschaft zu verbieten.

Aus den Lokalen und dem Kino kamen viele Neugierige und schlossen sich dem Zuge an. Angehörige der vaterländischen Verbände, die zufällig auf den Demonstrationszug stießen, zeigten anfangs erfreute Gesichter, glaubten sie doch sicher, daß es sich um eine nationale Kundgebung, anläßlich des Geburtstages ihres größenwahnsinnigen, nach Holland ausgerissenen Halbaoltes Wilhelm handelte. Als sie aber die wuchtigen, revolutionären Weisen des Spielmannszuges hörten und der entrollten roten Fahnen ansichtig wurden, spiegelten sich Verlegenheit und Aerger auf den verdutzten Gesichtern wieder. Einige sagten sogar ganz verschüchtert zu ihrem Nachbar: „Ausgerechnet zu Kaisers Geburtstag wird so etwas gestattet!"

Der Demonstrationszug bewegte sich durch die Magdeburger Straße, Ludwig-Wucherer-Straße, Richard-Wagner-Straße, Ernestusstraße zum „Volkspark". Im Garten des „Volkspark" begrüßte der Kamerad Hestermann den Genossen Oelsner im Namen des hallischen revolutionären Proletariats und brachte ein Hoch auf die übrigen 7000 politischen Gefangenen aus. Dann nahm der Genosse Oelsner selbst noch Gelegenheit, einige Worte zu den den Garten füllenden Massen zu sprechen. **Er brachte die Grüße der übrigen Gefangenen der Cottbusser Strafanstalt, unter denen sich auch sein Vater, sowie der Genosse Baumgärtel befinden, und hämmerte den Versammelten mit markigen und überzeugungstreuen Worten ein, nicht zu rasten und zu ruhen, bis auch der letzte unserer Genossen den Klauen der Justiz entrissen ist und wieder in den Reihen der revolutionären Arbeiterschaft kämpft.** Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, sich auch weiterhin für die revolutionäre Sache einzusetzen, weiterhin treu zur roten Fahne zu halten und zu kämpfen bis zur Errichtung eines freien Sowjet-Deutschlands. Die Worte fanden begeisterten Beifall aller Anwesenden, die spontan das Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" sangen.

Damit hatte die sehr eindrucksvoll verlaufene Amnestiekundgebung ihr Ende. Konnte man bis dahin (abgesehen von der übermäßigen Bewaffnung) eine nie gekannte Loyalität der Polizeibeamten der Arbeiterschaft gegenüber feststellen, so wurde auch diese uns befriedigende Feststellung zum Schluß erheblich getrübt. Es scheint den Polizeioffizieren sehr schwer gefallen zu sein, den Zug ungestört die Straßen passieren gelassen zu haben. Scheinbar um die Arbeiter fühlen zu lassen, daß auch sie noch da sind und zu befehlen haben, schickten sie ihre Untergebenen in den Garten und ließen das Singen verbieten. Diese Meister der Provokation kamen aber nicht auf ihre Rechnung. Die Arbeiterschaft schweigt dazu, schweigt so lange, bis der Zeitpunkt gekommen ist, wo sie diesen Herrschaften eine Antwort auf alle diese Schandtaten gibt, die diese nie wieder vergessen werden.

*

Der kleine Saal des „Volkspark" war zur selben Zeit dicht besetzt von Funktionären der Kommunistischen Partei, die am gestrigen Tage mit dem Genossen Oelsner drei von jenen 7000 in ihren Reihen begrüßen konnten. Die äußerst gut besuchte Funktionärversammlung, sowie das Interesse der Arbeiter, das diese den aus den Kerkern Freigelassenen entgegenbrachten, ist ein sichtbares Zeichen der immer mehr und mehr erstarkenden Kommunistischen Partei. Die Arbeiter müssen nun ihre Kraft verdoppeln. Sie müssen sich rüsten um neue Anhänger sammeln und in breiter Front unter Führung der kommunistischen — der einzigen Arbeiterpartei — die Offensive mehr denn je ergreifen, bis die Herrschaft der Geldsäcke hinweggefegt ist, bis die arbeiterfeindlichen Führer der Sozialdemokraten für ihre Verrätereien am Proletariat die wohlverdiente Strafe zuteil wird, bis an Stelle der Morgan-Kolonie das Sowjet-Deutschland errichtet ist.

Das „Reichsbanner" ohne Gold

Die Desertion der Bundesbrüder der Sozialdemokratie aus dem Reichsbanner zum schwarzweißroten Lager hinüber scheint in den Köpfen der sozialdemokratischen Führer des Reichsbanners eine ungeheure Verwirrung angerichtet zu haben. Dies war deutlich zu erkennen aus einer Unterhaltung, die am Dienstagnachmittag sechs mit dem federlosen Wappentier der Republik geschmückte Leuchten im Restaurant des Gewerkschaftshauses führten. Aus dem Inhalt ihrer Unterredung war deutlich zu entnehmen,

daß dem Reichsbanner ganz beträchtliche Geldquellen verloren gegangen sein müssen; denn die versprochene Deckung der Unkosten zu der Bundestagung in Magdeburg kann nicht von der Gauleitung übernommen werden, so daß scheinbar die Hallenser Führer arg in Harnisch geraten sind.

Nun machen sie die hohe Gauleitung für die ganzen Versprechungen verantwortlich und geben ihr den Rat, in die Mitgliederversammlung zu gehen und den Bannerschaftsbrüdern diese Unmöglichkeit selbst zu erklären. Die Reichsbanner-Uniformen sind den Bannerschaftsmitgliedern zu einem Preise versprochen worden, der sich in Wirklichkeit auf zirka das Doppelte stellt.

Nun weiß man angesichts der verlorenen Geldquellen nicht, wer den Mehrbetrag decken soll.

Auch war sich das halbe Dutzend nicht ganz klar darüber, wie man die Uniformen zusammenbringen sollte, um die nötige Garde zu den bevorstehenden Beerdigungen aufstellen zu können.

Wir wissen heute schon, daß natürlich im „Volksblatt" eine Ableugnung erscheinen wird. Das schafft aber die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Unterhaltung wirklich stattfand und ein uns sehr zuverlässiger Genosse am Nebentisch ganz aufmerksam zugehört hat. Hätten die Betreffenden oder zumindestens der eine davon den Genossen erkannt, so hätten sie wohl ihre Unterhaltung bis zu seinem Verschwinden abgebrochen. Ja, wer die Pleite hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

Ein sozialdemokratischer Polizeifreund vor Gericht

Während vor dem Schöffengericht, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, drei Altreibungsprozesse verhandelt wurden, von denen der erste mit einem Gefängnisurteil von 1 Jahre und 3 Monaten endigte, wurde zu gleicher Zeit von dem Amtsgericht gegen den **sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär Ernst Metz,** wegen Nötigung und Beamtenbeleidigung verhandelt.

Metz hat im Sommer vorigen Jahres nach dem Besuch des Modernen Theaters, die Stenotypistin Gertrud Schulz nach Hause begleitet und sich mit dieser noch einige Zeit vor der Haustür der Schulz aufgehalten. Ein auf einem Patrouillengange befindlicher Polizeibeamter ist dann, nachdem er einige Minuten in der Nähe der betreffenden Haustür gestanden hat, von Metz gefragt worden, was er denn eigentlich wolle. Hieraus ist dann ein Wortwechsel entstanden, in dessen Verlauf der Angeklagte den Beamten aufgefordert habe, das Grundstück zu verlassen, da im anderen Falle etwas passiere. Dieser Nötigung soll der Angeklagte auch Beleidigungen beigefügt haben, indem er die Worte gesagt haben soll: **„Ich habe schon mehrere Beamte aus Lohn und Brot gebracht und Sie werden der nächste sein! Leute von Ihrem Schlage können wir nicht gebrauchen!"**

Der Angeklagte schilderte den Vorfall wesentlich anders und bestreitet entschieden, die zur Last gelegten Aeußerungen getan zu haben. Es sei ihm unangenehm gewesen, daß der Polizeibeamte Schilling ihn und seine Begleiterin so lange Zeit beobachtet habe, zumal er hätte sehen müssen, daß es sich um harmlose Leute handelte, die hier in der Haustür standen. Er habe dann den Beamten gefragt, was er hier wolle, worauf der Beamte auf ihn zugekommen sei, und die Papiere verlangt habe. Er habe seine Brieftasche aus der hinteren Hosentasche holen wollen, als plötzlich der Beamte seine Pistole gezogen habe und ihn mit dieser im entsicherten Zustande bedroht habe. Er sei allerdings hierdurch sehr aufgeregt geworden und streitet nicht ab, hierauf vielleicht etwas gesagt zu haben, was vielleicht sonst nicht über seine Lippen gekommen wäre. Die Aeußerung, daß er schon manchen Beamten aus Lohn und Brot gebracht habe, bestreitet der Angeklagte aber ganz entschieden. Später ist er dann mit Hilfe eines zweiten Beamten der Polizeiwache zugeführt.

Die als Zeugin vernommene Gertrud Schulz schildert den Vorfall ähnlich wie der Angeklagte. Die beleidigenden Aeußerungen hat sie nicht gehört. Dagegen tritt ein Zeuge auf, der zufällig des Weges kam und nicht wußte, um was es sich handelte, der aber bestimmt die Worte gehört haben will. Der Polizeiwachtmeister Schilling gibt zu, seinen Revolver gezogen zu haben, da der Angeklagte eine Bewegung nach der Tasche gemacht habe, als er die Worte gebrauchte: „Sonst passiert etwas!" Er habe sich also bedroht gefühlt und aus diesem Grunde seinen Revolver gezogen. Entsichert habe er die Waffe nicht. Auch der andere Polizeibeamte sagt aus, daß sich der Angeklagte geweigert habe, sich zu legitimieren und aus diesem Grunde gewaltsam mit zur Wache genommen sei.

Dieser Zeuge gibt auch an, daß der Angeklagte wiederholt mit seinem Genossen Runge gedroht habe.

Der Amtsanwalt sieht den Angeklagten für überführt an und beantragt mit Rücksicht darauf, daß es sich bei dem Angeklagten um einen im öffentlichen Leben stehenden Gewerkschaftsbeamten handelt, eine Geldstrafe von 150 Mark.

Der Angeklagte Metz führt in seiner Verteidigungsrede noch an, daß er jederzeit bereit sei, die Polizeibeamten zu unterstützen und

auch schon selbst der Polizei des öfteren gute Dienste geleistet habe, wofür er Zeugen angeben könne.

Er stehe den Polizeiorganen absolut nicht unsympathisch gegenüber, aber an diesem Vorfall trage der Beamte die Schuld.

Heute abend 8 Uhr, im **„Volkspark"** (oberer Saal):

Große öffentliche Volksversammlung

Thema: **Der Sturz der Preußen-Regierung Braun-Severing Monarchisten-Regierung im Reiche und in Preußen — Was nun?**

Referent: **Peter Maslowski,** Berlin

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Erscheint in Massen. Hört, was die Kommunisten über ihre Ziele, zum Sturze der Rechtsregierungen und zur Errichtung der Regierung der Werktätigen zu sagen haben.

Ortsgruppe der KPD., Halle a. d. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250128-10/fragment/page=0006

Das Gericht verurteilte den Angeklagten dennoch zu einer Gesamtgeldstrafe von 70 Mark.

*

Es hat den Anschein, als ob die Polizeibeamten tatsächlich das Maß ihrer Befugnis weit überschritten haben, denn aus dem Prozeß ging deutlich hervor, daß man mit dem Genossen des Herrn Runge nicht viel Federlesens machte und ihn ziemlich derb anfaßte. Das wäre allerdings sehr undankbar, angesichts der „guten Dienste", die der Angeklagte der Polizei schon des öfteren geleistet haben will.

Die Aeußerung, die der Angeklagte nur sehr vorsichtig und stockend von sich gab, ist sehr interessant. Das Gericht ging aus leichtverständlichen Gründen nicht näher darauf ein und glaubte sicher, daß der Angeklagte der Polizei schon wiederholt gute Dienste geleistet hat. Auch wir glauben es dem schwarzrotgoldenen Polizeifreund ohne weiteres, daß er schon aushilfsweise im Dienste der Polizei gestanden hat. **Daraus geht hervor, daß dieser Mustersozialdemokrat bei seinem Parteifreund Runge eine ziemlich gute Nummer hat.** Die klassenbewußte, revolutionäre Arbeiterschaft wundert sich über diese neue Sumpfpflanze à la Neßler nicht mehr. Sie weiß, daß aus einer Kloake nichts anderes als ein furchtbarer Gestank steigen kann; aber die Arbeiter, die noch heute der Sozialdemokratischen Partei angehören, die noch immer nicht glauben wollen, daß sich der Führerklüngel der SPD. aus den schuftigsten, niederträchtigsten und dreckigsten Spitzeln, Verrätern und arbeiterfeindlichen Postenjägern zusammensetzt, diesen Arbeitern müßte doch nun wahrlich ein Licht aufgehen. Ungeheuerlich ist der Sumpf der Korruption im Lager der sozialdemokratischen Führer, so ungeheuerlich, daß er zum Tagesgespräch der ganzen Welt geworden ist. Dieser kleine Prozeß deckt nur durch eine einzige nebensächliche Aeußerung einen neuen Korruptionssumpf auf. Wie vile solcher Schandflecke mag es da geben, von denen man nichts erfährt?

Vielleicht erklärt Herr Metz einmal, welcher Art seine guten Dienste der Polizei gegenüber waren?

Hallische Fleisch- und Wurst-Kleinverkaufspreise am 27. Januar

Unter Berücksichtigung der gegenwärtig am städt. Schlacht- und Viehhofe notierten Fleischpreise sind für den Kleinhandel mit Frischfleisch und Wurstwaren aus reinem Schweinegut in der laufenden Woche folgende äußerste Preise als angemessen zu betrachten:

	Pf.		Pf.
Rindfleisch:		**Hammelfleisch:**	
Brust- u. Bauchfleisch	80—100	Kochfleisch	80—90
Keule	100—110	**Schweinefleisch:**	
Lende (ausgeschält)	110—110	Keule	120—140
Gefrierrindfleisch	80—100	Koteletten	120—140
Kalbfleisch:		Bauch	100—120
Schnitzel	170—180	Schinken (i. Aufschnitt)	150—280
Keule	110—130	Speck, ger.	120—130
Uebrige Teile	100—110	Schweineschmalz	120—130
Hammelfleisch:		Blutwurst	120
Keule	100—110	Leberwurst	120
Koteletten	90—100	Mettwurst	140—150
		Zervelatwurst	150—200

Vom Wochenmarkt

Auch der gestrige Wochenmarkt spiegelte das furchtbare Elend wieder, daß die breiten Massen des kaufenden Publikums wie ein undurchdringlicher Nebel umgibt. Hauptsächlich auf dem Hallmarkt sah man kaum die Hälfte der Händler, die man früher hier zu jeden Markttag antreffen konnte. Auch die Käufer waren ausgeblieben, da ihr Portemonaie dieselbe Leere, wie der Wochenmarkt aufweist. Man konnte Hausfrauen beobachten, die Kleinigkeiten erst dann kauften, nachdem sie sich nach der billigsten Bezugsquelle umgesehen hatten, und selbst dann handelte es sich um Käufe, die ihrer Geringfügigkeit wegen, wenig Befriedigung bei dem Verkäufer auslösten. Die Minderbemittelten benehmen sich in den Reihen der Fleischerstände fast wie in einem Museum. Sie möchten manches kaufen, aber die Möglichkeit ist ihnen nicht gegeben.

Die Preise sind noch dieselben der Vorwoche und haben sich in verschiedenen Artikeln sogar noch um einige Pfennige erhöht. Auffällig war das Ueberangebot von Apfelsinen, die man teilweise schon 20 Stück für 1 Mark erstehen konnte. Trotz dieses verhältnismäßig niedrigen Preises wurden viele Kisten dieser Südfrucht unverkauft wieder abtransportiert.

Kommunistische Jugend, Halle. Donnerstag, den 29. Januar: **Vorstandssitzung** in der „Produktiv-Genossenschaft". Freitag, den 30. Januar, **sehr wichtige Mitgliederversammlung.** Das Erscheinen sämtlicher Genossinnen und Genossen ist Pflicht. **Der Vorstand.**

Achtung, Parteimitglieder!

Donnerstag, den 29. Januar 1925, abends 8 Uhr, finden in nachfolgenden Bezirken

Oberbezirksversammlungen

statt

Oberbezirk Westen: Produktiv-Genossenschaft
Oberbezirk Süden: „Löfts Hof" (Schnabel)
Oberbezirk Mitte: „Goldene Kette"
Oberbezirk Norden: „Volkspark" (Burgstraße)
Oberbezirk Osten: findet die Versammlung am **Freitag, dem 30.** Januar, **abends 8 Uhr, im „Hardenberg-Kasino" statt.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Die politische Lage. Unsere nächsten Ausgaben unter besonderer Berücksichtigung der zu leistenden Gewerkschaftsarbeit.

Die außerordentlich wichtige Tagesordnung verpflichtet jede Genossin und jeden Genossen, zu diesen wichtigen Versammlungen zu erscheinen.

Die Ortsleitung der KPD.

* **Erwerbslosenversammlung** findet Freitag, den 30. Januar, vormittags 11 Uhr, im „Volkspark" statt. Thema: Das Erwerbslosenfürsorgegesetz und was haben die Erwerbslosen zu beanspruchen? Erwerbslose Arbeiter und Arbeiterinnen, **erscheint restlos zu dieser äußerst wichtigen Versammlung.**

Der Erwerbslosenrat.

Ammendorf

Die Faszisten wittern Morgenluft. Fieberhaft werden die Rüstungsvorbereitungen getroffen. Fast täglich kann man Abteilungen der Faszisten in der Umgebung bei ihren Uebungen beobachten. Freitag abend gegen 6 Uhr zog ein Rudel Wehrwölfe durch Ammendorf-Beesen in der Richtung Exerzierplatz. Sie waren mit Schanzzeug und großen Spaten ausgerüstet. Einer von ihnen trug sogar ein Gewehr. Leider war es nicht möglich, das Kaliber festzustellen. Uebrigens, **wo bleibt da die Polizei?** Am Donnerstag war ein Rollkommando der Sipo, etwa 20 Mann stark, hier. Wem galt die Hatz? Am Sonnabend nun erzählte der Wehrwolfjüngling Hans Gräfe aus Beesen auf der Arbeitsstelle der Firma Lindner, Ammendorf, von dieser Nachtübung. Sie marschierten nach Wörmlitz und machten da eine kleine Uebung. Später marschierten sie nach Bruckdorf und trafen dort mit hallischen Wehrwolfabteilungen zusammen. In der Umgebung Bruckdorfs wurde eine Uebung in großem Maßstabe abgehalten, welche bis in die Morgenstunden andauerte. Soweit der mündliche Bericht dieses Wölfleins. Wem gelten nun diese Maßnahmen? Etwa den Franzosen? Dazu braucht man doch nur nasse Handtücher, wie ein nationaler Wahlredner sagte. Letzten Endes werden nur die Arbeiter die Leidtragenden sein.

Was gedenkt nun die Arbeiterschaft gegen dieses reaktionäre Treiben zu tun? Will sie tatenlos, stumpfsinnig und gleichgültig beiseite stehen, bis die Faszisten den Zeitpunkt für gekommen halten, um uns vollstädig niederzuschlagen und die letzten kümmerlichen Rechte zu entreißen? Das darf nicht geschehen! **Sammelt und organisiert Euch auf gewerkschaftlicher Grundlage! Rüstet Euch, wie unsere Klassenfeinde rüsten. Tretet ein in den Roten Frontkämpfer-Bund! Werdet Mitglieder der einzigen Arbeiterpartei, der KPD.**

Dieskau

„Roter Frontkämpferbund". Freitag, den 30. Januar, 8 Uhr bei Meyer Abteilungsversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Brachstedt

Aus der Gemeindevertretung. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellten die Kommunisten einen Antrag auf Verlesung des Protokolls vom 6. 6. 1924, um die Richtigkeit ihrer mündlich gegebenen Erklärung, welche zu ihrem Ausschluß geführt hatte, zu prüfen. Da passierte den von einem Viermänner-Kollegium gewählten **Gemeindevorsteher Pirl das Malheur,** sich vor der larven. **Mit dem Zynismus,** wie er den Deutschnationalen eigen ist, behauptet er, **es sei kein Protokoll von dieser Sitzung vorhanden.** Die Kommunisten **wurden** erneut **verpflichtet,** sogar auf die in den letzten Zügen **liegende** Verfassung. Richtigstellungen unserer Genossen **wurden provokatorisch** durch den Gemeindevorsteher und seinen mit Fliegenleim an den Fingern behafteten Sekretär unterbrochen. Bei der Etatsberatung 1924/25 wurde ein Antrag der Kommunisten auf Einzelberatung durch den Bürgerblock abgelehnt. Auch alle anderen Anträge, die von Kommunisten gestellt waren, wurden zurückgewiesen. Für 150 Prozent der Gewerbesteuer stimmten auch die unter dem Druck des Landbundes stehenden Gewerbetreibenden. Der Voranschlag schließt mit 19 592 Mk. ab und wurde, da er eine Sanierung der Gemeindefinanzen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung vorsieht, gegen die Stimmen der Arbeitervertreter angenommen. Die Jagdpachtsteuerordnung wurde angenommen und 30 Prozent des Jagdwertes festgesetzt. Bei der Wahl der Wohnungskommission wurden außer einem Mieter, der noch nicht heimatsberechtigt ist, nur Hausbesitzer gewählt, trotzdem von unserer Seite auf paritätische Zusammensetzung der Kommission gedrungen wurde. Ein Antrag der Kommunisten auf Wahl einer Rechnungslegungs- und Prüfungskommission, wie sie die Landgemeindeordnung vorsieht, wurde durch den Gemeindevorsteher und den Bürgerblock mit dem Bemerken abgelehnt, **„die Arbeiter können ja doch nicht rechnen und außerdem prüfe der Gemeindevorsteher die Rechnungen alle Monate selbst".** (Deshalb auch die Nichtauslegung der letzten beiden Jahresabschlüsse und die häufige Anwesenheit des Ober-Kreisinspektors.) In die Fürsorgekommission wurde ein Genosse und ein Bürgerlicher gewählt. Die Wegekommission setzt sich aus Interessenten zusammen. Für das Abputzen des Gemeindehauses wurde beschlossen, die Vorarbeiten einer Kommission zu übertragen. Den endgültigen Beschluß behält sich die Gemeindevertretung vor. Ein Antrag auf Ueberlassung der Grube für Nutzbarmachungen wurde auf unseren Antrag vertagt.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Kegler-Bund, Bezirk Halle. Spiele vom Sonntag, dem 25. Januar: Unter Uns 1. H. gegen Vorwärts H. 5 : 0 Punkte; Freie Neune H. gegen Brüderlichkeit H. 5 : 0 Punkte; Solidarität H. gegen Freie Kegelbrüder H. 5 : 0 Punkte; Wackige Neune Dölau 1. gegen Schwarze Esse Ennewitz 5 : 0 Punkte; Frei Lauf A. gegen Frisch Drauf H. 5 : 0; Einigkeit Gr. gegen Krumme Gasse A. 5 : 0. — **Spiele für Sonntag, den 1. Februar:** Frei Lauf H. gegen Brüderlichkeit H. in Halle, „Volkspark", von 8 bis 1 Uhr. Krumme Gasse A. gegen Freie Bahn A. in Ammendorf. Einigkeit Groitsch gegen Solidarität H. in Halle, „Volkspark", von 1 bis 6 Uhr. — Der Kegelklub Schwarze Esse Ennewitz veranstaltet am Sonntag, dem 1. Februar, seinen diesjährigen Maskenball, wozu alle Kegelbrüder herzlichst eingeladen sind.

Mitteldeutsche Spielvereinigung. Sonntag, den 1. Februar, finden folgende Gesellschaftsspiele statt: ½11 Uhr: ASC. 1. Jugend gegen Diemitz 1. Jugend (Viktoria); ½3 Uhr: ASC. 1. gegen Askania 1. (Geyer, Viktoria); ½3 Uhr: Bruckdorf 1. gegen Reideburg 1. (Fr. Weege, Wörmlitz); 11 Uhr: Viktoria 1. Jugend gegen Askania 1. Jugend (VfB. Trotha); 12 Uhr: Viktoria 3. gegen Askania 3. (ASC.); ½2 Uhr: Viktoria 2. gegen Askania 2. (Giebichenstein); 3 Uhr: Viktoria 1. gegen Teutonia 1. (Koitsch, Fortuna); 1 Uhr: Passendorf 1. gegen Reinsdorf 1. (Askania); 1 Uhr: Reinsdorf 2. gegen Teicha 2 (Reideburg); ½3 Uhr: Wörmlitz 1. gegen Giebichenstein 1. (Heinicke, Teutonia); 1 Uhr: Wörmlitz 2. gegen Giebichenstein 2. (Minerva); ½3 Uhr: Sportlust 2. gegen Fortuna 2. (Teutonia); 1 Uhr: Sportlust Alte Herren gegen Fortuna 3. (VfB. Lettin); ¾3 Uhr: Gröbers 1. gegen Fichte 1. (Walter Schulze, ASC.); 1 Uhr: Gröbers 2. gegen Fichte 2. (Bruckdorf); 10 Uhr: Minerva 1. Jugend gegen Giebichenstein 1. Jugend (Wörmlitz); 11 Uhr: Minerva 3. gegen Giebichenstein 3. (Sportlust); ½2 Uhr: Minerva 2. gegen Lettin 2. (Kröllwitz). — Gesellschaftsspiele am 8. Februar: ½11 Uhr: ASC. 1. Jugend gegen Giebichenstein 1. Jugend (Fichte); ½12 Uhr: Viktoria 1. Jugend gegen Teicha 1. Jugend (Sportlust); ½11 Uhr: Viktoria 2. Jugend gegen Reinsdorf 1. Jugend (Fortuna); 3 Uhr: Lettin 1. gegen Viktoria 1. (Heinicke, Teutonia); 1 Uhr: Lettin 2. gegen Viktoria 2. (Kröllwitz); ½3 Uhr: Sportlust 1. gegen Minerva 1. (Harzdorf, Viktoria); 1 Uhr: Sportlust 2. gegen Minerva 2. (Giebichenstein); 3 Uhr: Fichte 1. gegen Union Weißenfels 1. (Pabst, Wörmlitz); ½2 Uhr: Fichte 2. gegen Union Weißenfels 2. (Viktoria).

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde". Freitag, den 30. Januar, Gruppenabend bei Polzin, Torstraße.

Turn- und Sportverein Fichte-Halle. Sonnabend, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark": Vorstandssitzung. Alle neugewählten Vorstandsmitglieder müssen vertreten sein. Freitag, den 30. Januar, nach der Turnstunde, Mannschaftssitzung der 2. Handballmannschaft in der „Volkspark"-Turnhalle. Sonntag, den 1. Februar, vormittags 9 Uhr, bei Teichmann: Kinder-Ausschußsitzung.

ASC. Halle. Die angesetzten Spiele vom Sonntag, dem 25. Januar, konnten wegen des Wetters nicht ausgetragen werden. Sonntag, den 1. Februar, spielt 1. gegen Askania 1. um ½3 Uhr auf der Peißnitz, Jugend gegen Diemitz Jugend um ½11 Uhr auf der Peißnitz. 1. Mannschaft spielt wie folgt: Kretzschmann, Schütz, Harre, Franke 2, Franke 1, Bierbaß, Fischer, Knöchel, Knoch, Brode, Mai. Treffpunkt 1. um ½2 Uhr im Vereinslokal, Jugend um ½10 Uhr Peißnitz. Askania zur Kenntnis, daß das Umkleidelokal sich Breitestraße, Restaurant zur „Neumarkt-Bierhalle", befindet.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Genosse, was hast Du bis jetzt in der Groß-Werbekampagne für den „Klassenkampf" getan?

Meß-Mend

9

Roman von **Jim Dollar**

Das Mädchen hörte ihn an und schritt schweigend die Treppe hinauf. Aber auf halbem Wege blieb sie stehen und wandte sich wieder zu dem Neger.

„Sagen Sie mir," flüsterte sie ihm leise zu, „wie heißt der Mann, der Mr. Kraft vertritt?"

Der Neger sah sie von unten herauf an und antwortete ebenso leise, noch immer mit finsteren Funkeln in den Augen:

„Das ist der wahre Satan, Miß. Es ist ein Unglück für denjenigen, der mit ihm zu tun hat. Seinen Namen kann ich Ihnen aber nicht sagen. Ich weiß nur, daß die Gehilfen ihn Signor Gregorio nennen."

Ms. Orton stieg die Treppe hinauf und betrat die Kanzlei.

Hier saßen die ehemaligen Angestellten von Kraft, sein junger Sekretär Drook und vier kleine, schwarzhaarige Menschen, die den Angestellten über die Schultern blickten. Sie waren offenbar alle mit der Prüfung der Papiere und Akten beschäftigt, die der Notar Kraft hinterlassen hatte.

Ms Orton überflog sie mit einem Blick. Dann schritt sie direkt auf Drook zu, — sie folgte dabei jenem sicheren Instinkt, den feinfühlige Menschen im Augenblick der Not haben.

Es war ein junger Mann mit einem klugen, breiten Gesicht, vollen Wangen und einem Grübchen auf dem Kinn. Leute, die ihn gut kannten, behaupteten, daß er dümmer und leichtsinniger scheinen wolle, als er in Wirklichkeit sei. In diesem Augenblick drückte Drook eine solche Einfalt, Gedankenlosigkeit und Oberflächlichkeit auf seinem Gesicht aus, daß die vier schwarzen Jünglinge einander achselzuckend ansahen; der eine von ihnen nannte ihn insgeheim einen Idioten.

Zu diesem Idioten nun wandte sich Ms. Orton. Als sie vor ihm stand, schlug sie den Schleier hoch, nahm die Brille ab und sah ihm direkt in die Augen. Drook erstarrte, als wenn man ihn hypnotisiert hätte. Ms. Orton zog den Schleier wieder über das Gesicht und sagte leise:

„Ich komme mit einer großen Bitte. Rockefeller ist gestorben, sein Testament muß sich beim Notar Kraft befinden. Ich bin gekommen, um den Inhalt dieses Testaments zu erfahren."

„Wie ist Ihr Name?" fragte Drook, scheinbar mechanisch, während sein Blick ihr ausdrucksvoll sagte, daß sie die Anwesenheit der vier schwarzen Burschen zur Kenntnis nehmen müsse.

„Ms. Orton."

„Miß .... wie bitte? Burton, Morton ... aha, Orton." Er schrieb etwas auf einen Zettel und reichte ihn dem Mädchen: „Bitte gehen Sie damit zum Boten und lassen Sie sich von ihm direkt zum Signor Gregorio führen, der bevollmächtigt ist, das Archiv des Notars Kraft zu übernehmen." Während er ihr das sagte, warf er ihr wieder einen vielsagenden Blick zu, der sich aber dieses Mal auf den Zettel richtete.

Ms. Orton las den Zettel. In diesem Augenblick trat einer der Schwarzen dicht vor sie hin und versuchte den Zettel in ihrer Hand zu entziffern. Das gelang ihm nicht und er sagte ärgerlich:

„Was haben Sie dieser Miß auf den Zettel geschrieben, Drook?"

„Meinen eigenen Namen", mischte sich Ms. Orton mit ruhiger und leiser Stimme ein, während sie den Zettel faltete und ihn in ihr Täschchen steckte, „wahrscheinlich, damit ich ihn dem Boten übergebe. Ich danke Ihnen, Mr. Drook, wenn das Ihr Name ist", wandte sie sich an den Sekretär, der wieder sein einfältiges Aussehen angenommen hatte. „Aber dieser Zettel war eigentlich überflüssig, denn ich habe ja meine Visitenkarte bei mir".

Sie entnahm ihrem Täschchen eine Visitenkarte und überreichte sie dem Schwarzen.

Mit ärgerlichem Brummen und einem Auffunkeln seiner kaffeefarbenen Augen nahm dieser die Karte und entfernte sich durch eine dunkle Eichentür.

Nach einigen Minuten erschien er wieder. Der Ausdruck seines Gesichtes hatte sich total verändert. Leuchtend vor Liebenswürdigkeit, forderte er Ms. Orton mit einigen Bücklingen auf, zu Signor Grigorio einzutreten; wie ein Operettenlakai schob er sich dabei rückwärts zur Tür.

Sie hatte kaum das Zimmer verlassen, da stürzte er zum Kleiderständer, riß seine Mütze herunter, machte seinen Kumpanen ein Zeichen und lief davon. Gleich darauf nahm jener der vier Schwarzen, der in der Nähe des Telephons saß, den Hörer ab, sagte leise eine Nummer und teilte, nachdem man ihn verbunden hatte, irgendeiner Netty flüsternd mit, „daß sie sich einen neuen Hut wird kaufen müssen".

Wir wissen nicht, ob alle diese Manipulationen nach dem Geschmack des semmelblonden Drook waren, denn sein Gesicht drückte eine unerschütterliche Ruhe aus, und der blöde Ausdruck seiner Augen ließ vermuten, daß er die vor ihm liegenden Manuskripte nicht gerade in der vernünftigsten Weise ordnete.

Ms. Orton schritt indes über die Schwelle des großen Raumes, mit schweren, lederbeschlagenen Möbeln und farbigen, gotischen Fenstern, wo Notar Kraft seine Klienten zu empfangen pflegte. Stark hinkend, ein wenig bucklig, trat sie ein. In derselben Sekunde lief es ihr kalt über den Rücken, sogar die Haarwurzeln bewegten sich vor Entsetzen, — obwohl weder im Zimmer noch an dem Manne, der sich darin befand, etwas Auffallendes gewesen wäre.

Der am Tische sitzende Mann in schwarzem Anzug erhob sich, rückte den Sessel zurück und verneigte sich. Er hielt ihre Visitenkarte in der Hand.

„Sind Sie Ms. Orton? Bitte, nehmen Sie Platz", es war die banalste Stimme von der Welt.

Sie setzte sich, sie brauchte einige Sekunden, um sich zu fassen. Währenddessen beobachtete der Herr sie aufmerksam vom Kopf bis zu den Füßen. Er fragte wieder:

„Also, Ms. Orton, Sie sind eine Klientin des verstorbenen Kraft. Womit kann ich dienen?"

„Ich bin keine Klientin des Notars Kraft. Ich bin gekommen, um Sie um eine Freundlichkeit zu bitten. Mir ist bekannt, daß Jeremia Rockefeller vor seiner Abreise nach Europa ein Testament geschrieben hat. Jetzt ist er gestorben. Könnten Sie mich nicht mit dem Inhalt seines Testaments bekannt machen?"

„Gewiß, Ms. Orton. Zu meinem Bedauern muß ich Ihnen aber sagen, daß das Testament, von dem Sie sprechen, im Archiv des Notars Kraft nicht gefunden worden ist; zudem ist es durch ein später datiertes Testament, das der Verstorbene in Warschau geschrieben hat, aufgehoben. Hier haben Sie die genaue Kopie."

Er reichte Ms. Orton ein Papier, und das Mädchen las das dem Leser schon bekannte Dokument. Nachdem sie es zweimal gelesen, erhob sie sich und reichte das Papier dem Unbekannten.

„Ich danke Ihnen. Erinnern Sie sich nicht, ob der Name Orton in irgendwelchen Papieren von Kraft erwähnt wird?"

„Das Archiv ist sehr umfangreich. Aber soviel ich mich entsinne, ist mir Ihr Name nicht begegnet."

Bei diesen Worten sah er das Mädchen nochmals scharf an, und auch Ms. Orton warf durch Brille und Schleier einen Blick auf ihn, — sie zuckte zusammen und senkte sofort die Augen. Indessen hatte sie nur einen tadellos angezogenen Herrn mit einem brünetten Gesicht, schwarzem Schnurrbart und blutlosen, gelben Lippen vor sich.

Ms. Orton ging wieder in die Kanzlei hinaus, — sie hinkte mehr wie sonst; sie verabschiedete sich mit einem Kopfnicken von den Angestellten und verließ das Haus. Draußen zögerte sie einen Augenblick, — sie hoffte, den alten, guten Neger anzutreffen, der sie hereingelassen hatte. Dann wanderte sie zu der Omnibushaltestelle, bestieg einen Wagen und las noch einmal den Zettel, den ihr Drook gegeben hatte. Dort stand geschrieben:

„Brooklyn-Street, 8, Drook, 4 Uhr."

„Offenbar weiß dieser Drook etwas. Aber wer ist der Mann, der sich in der Kanzlei des Notars Kraft als der Herr aufspielt? Mit welchem Recht tut er das?" — dachte sie.

Sie nahm sich fest vor, die bezeichnete Adresse aufzusuchen. Um die ihr bleibende Zeit auszufüllen, wandte sie sich dem Hafen zu. Nach einer Weile erreichte sie das leuchtende Band der Hudson-Bay, die an dieser Stelle fast menschenleer war. Man sah weder Dampfer noch Motorboote. Unten, unter dem Granit des Quais, war die eilige Maireparatur der Wasserleitungen im Gange. Auf dem aufgewühlten Pflaster saßen zwei Arbeiter und kauten mit Appetit an ihrer Wurst.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250128-10/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Zu Schiff

Von A. Putschkow

I.

Der letzte Kampf. Zünder 100, Ziel 96!

Sich mit feuerspeienden Geschützen des Panzerzuges wehrend, verstummte die Stadt, ab und zu knurrend, wie ein Tiger unter der Peitsche des Bändigers. Um den Bahnhof herum herrschte noch der Wirrwarr der Evakuation. Geschütze wurden herangebracht, Wagen mit Heeresgut, Maschinengewehre. Müde, schmutzige Rotarmisten kamen heran. Hitzige Pferde der Kavallerie-Abteilungen tänzten. Alles das wurde eilig in die langen Züge verladen, die, roten Schlangen gleich, den Bahnhof verließen.

Der Panzerzug sollte als letzter gehen. Geld wie der Sand, von Sonne und Schießen durchglüht, stand er am anderen Ende des Bahnhofes und spie Feuer aus zähnefletschenden Schießscharten.

Geschosse heulen, krepieren dort draußen in der Steppe. Aus der Steppe aber trahen, die Stadt umkreisend, Kosaken heran, und Transportzüge mit Freiwilligen der Weißen Armee kriechen unter dem Schutze von Panzerwagen der Stadt zu.

Der Chef des roten Panzerzuges — Ledermütze, zerzauster Bart und zwei scharfe Blicke unter der zerknüllten Mütze — rennt im Zuge hin und her und kommandiert mit rubiger, schneidender Stimme:

„Zünder 100, Ziel 96!"

„Zu Befehl!"

Von Hitze und Müdigkeit wie ein Stück Butter aufgelöst, antwortet heiser der Richtmeister und reißt den Verschluß zurück. Ein Dröhnen geht durch den Panzerzug, eine Gluttwelle schlägt auf und wieder klingt es trocken und präzis:

Der Panzerzug erbebt. Das Geschoß heult auf. Und an beiden Seiten liegen die Menschen auf den Knien, stecken die Nadeln der Bajonette durch die Schießscharten und verharren regungslos, nur die Hände spielen mit den Gewehrschlössern und die Schultern zucken vom Rückschlag. Ueber ihnen, in gepanzerten Türmen, knattern die Maschinengewehre, wenden ihre schlanken Hälse und lachen heiser und rollend.

Ein kohlschwarzes, anthrazitglänzendes Gesicht über einer Matrosenjacke beugt sich herab, und schreit heiser dem Chef zu:

„Wasser ist eingenommen, Genosse Sarin, wir können fahren."

„Also los!"

„Nun, Jungens, gebt ihnen den letzten Denkzettel," sagte Sarin und ging zur Lokomotive.

„Genosse Lersky," ruft er.

„Hier!"

Eine Gestalt taucht neben ihm auf. Das Gesicht eines Raubvogels. Zwei Augen wie glühende Kohlen. Der Gewehrkolben schlägt auf.

„Wir fahren jetzt, Genosse Lersky, machen Sie sich bereit."

„Ich bin fertig."

Die Schiebetür eines Wagens öffnet sich ein wenig.

Lersky springt hinab. Taucht zwischen die Räder eines Zuges, springt über Schienen und verschwindet zwischen den ersten Häusern der Arbeitersiedlung.

Ein hingeher Ruck schlägt durch den Panzerzug. Die Räder knirschen und knarren. Knarrende, rasselnde Schläge hallen in den Ohren wider.

Feuerspeiend setzt sich der Panzerzug in Bewegung.

II.

Zurückgeblieben. Eine Bombe für die Weißen. In einem Boot durch das Schilf

Zwei blieben zurück, um die Propaganda- und Sprengarbeit zu leisten. Lersky und der Arbeiter Gwosdew, — ein stämmiger Bär aus Waiko.

Das Feuer war verstummt. Die Häuser der Stadt spien hastende Menschen aus. Damenhüte, gefärbte Lippen. Steife Hüte. Saktoanzüge, Bauernkittel, Reitgerten, Sporen, Achselklappen, Schnurrbärte. Wie aus einer trüben Pfütze sickerte es durch Straßen und Plätze der Stadt, ergoß sich in Restaurants, brüllte aus trunkenen Kehlen, jauchzte, höhnte, schrie.

Und dort drüben hinter dem Kirchhof, an der Arbeitersiedlung, krachten die Salven der Weißen Strafgerichte.

Lersky war in der Stadt unbekannt — er ging offen durch die Straßen. Eine Welle von Haß schlug ihm von der festlichen Menge entgegen, erfüllte ihn mit Zorn.

Er kehrte zur Arbeitersiedlung zurück, wo er mit Gwosdew wohnte.

Er näherte sich dem Häuschen. Vor dem Tor schritt ein Mann auf und ab, seine Breeches blähten sich wie Würste, ein rothaariger Kopf zwängte sich aus dem Kragen hervor. Seine Katzenaugen huschten umher, waren wie Stiche. Wen sie trafen — der fühlte sich übel.

Lersky schritt ruhig an ihm vorbei. Er drehte um die Ecke, wandte sich um — es war niemand zu sehen. Sprang über einen Zaun, — der verfallene Garten troch den Abhang zum Fluß hinab. Er schritt am Ufer entlang und kam zum Bahnhof. In der Nähe der Werkstätten traf er Gwosdew. Er blickte um sich, flüsterte:

„Unsere Sache steht faul, mein Lieber. Hast Du den Rothaarigen gesehen? Er ist also ein Provokateur — der Kolsja Bujan; er war doch bei uns in der Tscheka und jetzt arbeitet er bei den Weißen. Diese Kanaille! Man hätte ihn an die Wand stellen müssen."

Lersky spie ärgerlich aus. Gwosdew brummte:

„Als ich heute morgen das Tor hinter mir schloß, kam er hinter der Ecke zum Vorschein. Er kennt mich und hat mich gesehen. Wir werden also heute wahrscheinlich „Besuch" bekommen — verdammt, daß die Sprengpatronen bei mir zu Hause geblieben sind. Ich habe sie gut versteckt, aber man kann nicht wissen, ob sie sie nicht doch finden. Es wäre schade, wenn sie die Sprengpatronen kriegten."

„Weißt Du was, wir schicken Mitjka Sjawelkin hin, — es ist ein geschickter Bursch und auch verläßlich, er wird sich die Sache ansehen und uns Antwort bringen. Komm gehen wir, hier brauchen wir nichts zu fürchten. Hier sind alle unsere Leute, kein Weißer wird sich hier sehen lassen."

Sie schritten längst der Bahnlinie, traten durch das Tor der Lokomotivhalle.

„Mitjka," brüllte Gwosdew, „komm mal her!"

„Je," [illegible] es aus der Dunkelheit. Vom Tender einer kalten Lokomotive blickte ein zottiger Kopf aus spitzbübischen Augen. Mitjka sprang elastisch herab.

„Servus!"

Ein Händedruck, von dem die Hand lange schmerzte.

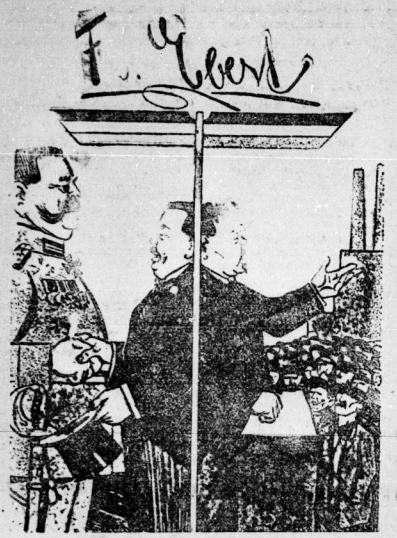
„Sei ein Freund, Mitjka," neigte sich Gwosdew zu ihm, „wir können nicht nach Hause: die Weißen bespitzeln uns, — geh' und schau Dir die Sache an. Und sei vorsichtig, daß sie Dich nicht kriegen."

„Schon gut," brummte Mitjka. „Ich gehe gleich."

Und er verschwand im Tor. Man hörte noch, wie er unterwegs jemandem Schimpfworte zurief:

„Was sitzt Ihr da, man kommt ja gar nicht durch!"

Zwei Stunden darauf kehrte Mitjka zurück.



Der Ebert-Prozeß und der Verrat an den deutschen Arbeitern

Unter diesem Titel ist soeben im Verlag der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten GmbH. eine Broschüre (24 Seiten mit einem zweifarbigen Umschlagbild, Preis 20 Pf.) erschienen, die wert ist, daß sie jeder Proletarier, insbesondere jeder sozialdemokratische Arbeiter, liest.

Warum der Ebert-Prozeß? Nicht aus Liebe zur Gerechtigkeit und zur Arbeiterklasse, Treue zum Haus Hohenzollern, Haß gegen die Revolutionsgewinnler, Wut gegen die ehemaligen und nunmehr hochgekommenen Sozialdemokraten und Handwerksmeister, deutschvölkisch-monarchistische Ueberzeugung waren es, weshalb die Justiz in Magdeburg die Hand so hoch ausstreckte. Doch nur die Töpel des Kapitalismus, die Ludendorff, Gräfe und Hitler haben ein Freudengeheul über den Magdeburger Ebert-Prozeß angestimmt. Die anderen, die Klugen, jene, denen es unter der Herrschaft sozialdemokratischer Minister und Präsidenten besser gegangen ist, als je unter Wilhelm und seinen Trabanten, sie toben und lärmen gegen das Magdeburger „Attentat", weil sie wissen, ohne Ebert und Noske wären sie ein Häuflein Dreck, ohne die SPD., ohne deren Verrat am deutschen Proletariat gäbe es heute keinen deutschen Kapitalismus, säßen heute nicht 7000 politische Gefangene in den Zuchthäusern. Keiner hat dies treffender gesagt und niemandem hat die bürgerliche Presse so restlos zugestimmt, als Herrn Scheidemann, da er den Magdeburger Richtern, trauernd ob des Undankes, entgegenhielt: „Statt uns zu beschimpfen, sollte man uns Denkmäler setzen. Wenn wir nicht in des Streikkomitee hineingegangen wären, dann wäre der Krieg schon im Januar 1918 erledigt gewesen und die heutigen Richter würden wahrscheinlich nicht an diesem Platze sitzen. Auch die „Deutsche Zeitung" würde nicht in der Lage sein, mich zu beschimpfen. Es wäre wohl eine Tscheka gekommen, die dieser Zeitung ein Ende gemacht und mich wahrscheinlich aufgehängt hätte. Wir haben bei unserm Eintritt gehandelt aus reiner Liebe zum Vaterlande, zu unserm Volk."

In anschaulicher Weise zeigt die Broschüre an Hand von vielen Belegen die Bedeutung des Magdeburger Prozesses für die Arbeiterschaft auf, weist nach, wie all die Jahre hindurch die Ebert-Scheidemann-Noske-Heimann und wie die Konsorten sonst alle heißen, nicht Hochverrat, sondern Arbeiterverrat getrieben haben.

Aus dem Inhalt seien einige Abschnitte angeführt: Das Attentat von Magdeburg. Der Verrat an der Arbeiterklasse. Die Henkersknechte. Arbeiterverrat und Landesverrat.

„Man sieht keinen Teufel. Ich habe alle Gassen durchsucht."

„Dann komm, Lersky," sagte Gwosdew, „wir müssen die Sprengpatronen holen."

Sie gingen. Mitjka holte sie nach einer Weile ein.

„Ich gehe mit."

Sie krochen zwischen toten Lokomotiven durch. Kamen zum Friedhof.

„Gebt acht!" flüsterte Mitjka, „hier in der Nähe stehen Posten, ich habe vorhin an der Eisenbahnbrücke einen gesehen."

„Schon gut," brummte Gwosdew, „kommen schon durch."

Unten plätscherte leise der Fluß und man hörte, wie ein Dampfer an der Haltestelle zischte. Und oben auf dem Berge summte die Stadt, ihre Lichter funkelten. Sie stiegen zum Fluß. Gingen am Ufer entlang. Die Gärten der Stadt näherten sich dem Wasser, hohe und niedrige Zäune verliefen in der Dunkelheit.

„Nun, Jungens," sagte Mitjka, „jetzt wird's am Ufer gefährlich, — wir müssen durch die Gärten."

Sie kletterten über einen Zaun. Huschten zwischen den Bäumen hin. Still war es. Trockene Aeste knackten unter den Tritten. Noch einige Zäune. Endlich kamen sie in ihren Garten. Krochen vorsichtig dem Hause zu. Es war niemand zu sehen. Sie traten durch die Tür.

„So, jetzt sind wir zu Hause," sagte Gwosdew mit seiner tiefen Baßstimme, „jetzt holen wir die Sprengpatronen und machen uns auf den Rückweg. Schließ die Tür, Mitjka."

Gwosdew kletterte unter das Bett. Die ausgehobenen Dielenbretter knarrten. Lersky sank müde aufs Bett. Zwei angespannte Tage erschöpften seinen Körper, er sehnte sich nach Schlaf. Mitjka stand mit gestrafften Sehnen an der Tür.

Da klopfte es. Wie ein Gummiball sprang Gwosdew unterm Bett hervor.

„Halt Genossen!" Und er steckt jedem eine Handgranate zu.

Wieder klopfte es an die Tür. Stärker.

„Werdet Ihr wohl aufmachen!"

Herrisch klingen die Stimmen. Man hört Sporengeklirr.

„Es ist Kolsja Bujan," flüsterte Gwosdew. „Verdammt!" Lersky springt auf. Seine Müdigkeit ist auf einmal verschwunden. Der Körper — glühend heiß. Der Griff der Handgranate kühlt die Finger.

„Still, Genossen!"

Kalt und präzise arbeitet das Gehirn den Plan aus.

„Sobald sich die Tür öffnet — schleudert die Granaten und — Marsch. Gwosdew, hast Du die Sprengpatronen bei Dir?"

„Hier sind sie," zeigt Gwosdew das Paket. „Du kannst jetzt aufmachen, Mitjka."

Mitjka schlägt den Türriegel zurück, springt selbst zur Seite. Die Tür schlägt krachend auf. Bajonette blitzen durch die Dunkelheit, Gesichter, Mützen. Die Finger entsichern die Granaten. Lersky holt weit aus . . . Es dröhnt hinter der Tür. Gelbe Stichflammen schießen kreuz und quer. Eine heiße Glutwelle schlägt herein. Ein saurer Geruch steigt in die Nase. Ein Stöhnen . . .

„Schnell, Jungens," rief Gwosdew und tauchte durch die Tür. Die Beine liefen von selbst. Glitten in der Tür über etwas Klebriges. Rechts in den Sträuchern knarrte es gedehnt:

„A—a—a . . ." und wütendes Fluchen deckte das Stöhnen zu.

Es trampelt laut durch die Straßen. Ein Zaun stellt sich entgegen, fletschte mit den spitzen Zinken der Nägel. Sie setzen herüber. Mitjkas Aermel blieb hängen. Aeste der Sträucher peitschten die Gesichter.

„So, jetzt kommen die Gärten," flüsterte Gwosdew, „hier ist es nun nicht so gefährlich. Zum Fluß hinab!" — und er stürzte kopfüber.

Er erhebt sich. Lacht, als wenn von Gefahr keine Rede wäre.

„Das war ein tüchtiger Luftsprung," grinst Mitjka und rennt weiter.

„Nun, Jungens, wer hat schnellere Beine?"

„Wir kommen gleich zum Fluß, Genosse Lersky, — dort liegt unser Boot." Sie setzen mit Gwosdew über den Fluß."

„Dort drüben ist eine Schilfinsel, — Gwosdew kennt sie. Und ich bleibe einstweilen hier, werde aufpassen."

Es kracht hinten deutlich und trocken. Sauste über die Köpfe hinweg, schnitt ein paar Aeste und Blätter wie mit einer Schere ab. Das machte den Körper leichter. Die Beine arbeiten darauflos. Man setzte im Flug über die Zäune. Gleich Gewehrkugeln flogen die Körper. Einer Schlange gleich zog sich vor ihnen der Fluß hin, mait, schwerfällig schillerten die Wellen.

Man kollte den Abhang hinab. Die Beine platschen durch das sumpfige Ufer.

„Mehr rechts," ruft Mitjka, „das Boot liegt dort zwischen den Sträuchern."

Sie erreichten das Boot. Sprangen hinein. Mitjka zerschnitt das Tau.

„Lebt wohl, Genossen, erwartet mich zum Besuch," und wie eine Eidechse glitt er in die Dunkelheit.

Dort oben in den Gärten ratierte wie eine Knarre ein Maschinengewehr. Lersky und Gwosdew neigen sich tief über die Ruder. Das Boot fliegt dahin, das Wasser zischt hinter ihm drein. Lersky sitzt und arbeitet aus Leibeskräften. Die Müdigkeit übermannt ihn, in diesem Zustande denkt man nicht an Gefahr, nur das eine Wort prägt sich dem Gehirn ein: — schlafen. Vorstig erhebt sich das Schilf vor ihnen. Das Boot schießt hinein, es raschelt trocken längs der Bootsplanken.

„Gleich hinter dem Dickicht liegt eine Insel," flüsterte Gwosdew, „Mitjka und ich haben hier Enten gejagt . . . massenhaft Enten."

Das Boot bewegt sich langsam. Gwosdew drückt das Schilf zur Seite. Lersky hilft mit dem Ruder nach.

Sie passierten das Schilf, — eine kleine Bucht, schwarz wie Naphtha, öffnete sich vor ihnen. Das Boot stieß gegen das Ufer.

„So, jetzt sind wir da."

Gwosdew springt aus dem Boot. Ein Schnattern und Knistern rauschte durch das Schilf. Flügelschläge klapperten. Der Wind trug eine Schar Enten über die Köpfe und furchtsam klang es durch die Luft:

„Krja—krja krja!"

„Daß Euch der Satan hole," fluchte Gwosdew, „sie verraten uns noch."

„Hol sie der Teufel," brummte Lersky, „ich will schlafen, nur schlafen . . ." Und sinkt wie tot ins Gras . . .

(Fortsetzung folgt.)

Neue Arbeiter-Literatur

Das Buch und der Arbeiter

Eine ziemlich bedeutende Rolle als Geschenkartikel spielt, namentlich in Arbeiterkreisen, das Buch. Noch immer herrscht bei vielen Arbeitern der große Irrtum, daß es ganz gleichgültig sei, was die Frauen lesen, was die Jugend liest. Noch immer kann man mit Recht von dem Verhängnis sprechen, daß weite Kreise des Proletariats den Einfluß verkennen, den die bürgerliche Kitsch- und Schundliteratur auf das Proletariat in großem Maße ausübt. Unser kleiner Aufsatz soll dazu beitragen, der Arbeiterschaft klarzumachen, daß ihre elementare Aufgabe ist, alles zu tun, um Freunde, Verwandte und die Familie diesem Einfluß zu entziehen; um ihr klarzumachen, daß die hier angeführten Bücher, wie überhaupt die revolutionäre Literatur, gewichtige Waffen in ihren Händen sind im Kampfe gegen die kleinbürgerlichen und sozialdemokratischen Ideologien. Wir wollen dem Proletariat klarmachen, daß zur Führung der revolutionären Kämpfe nicht allein Demonstrationen und Lohnkämpfe gehören, sondern daß auch eine theoretische, kommunistische Bildung dazu gehört. Es ist also absolut nicht so gleichgültig, was das Proletariat liest, und die hier angezeigten Bücher sind zu der noch verrichtenden politischen Bildungsarbeit bestens geeignet.

Edward Bellamy: Ein Rückblick aus dem Jahre 2000. Aus dem Englischen von Klara Zetkin.

Kommunismus und Christentum. Vom amerikanischen Bischof William Brown. In einem gegen ihn angestrengten Prozeß hat sich dieser zum Kommunismus bekannt.

Andersen Nexö: Dem jungen Morgen zu. Schilderungen von einer Rußlandreise.

John Reed: Zehn Tage, die die Welt erschütterten. Schildert den Beginn und die Durchführung der russischen Revolution.

Albert Williams: 1917 bis 1918. Durch die russische Revolution. Die elementaren Bücher des Kommunismus. Von Marx und Engels.

Das ABC des Kommunismus.

Lenin und der Leninismus.

Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg. Von Paul Frölich. Eine Darstellung der Ereignisse während des Krieges und des Bürgerkrieges.

Hermynia Zur Mühlen: Märchen für Arbeiterkinder.

Auf dem Flügelpferde durch die Zeiten. Eine Erzählung für junge Proletarier von Berta Last.

Zu beziehen von der Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14, Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44 und den auswärtigen Filialen.

Theater und Konzerte

* **Holtorsttruppe.** Der Maskenwagen der Holtorsttruppe, der durch seine vorjährigen Gastspiele noch in bester Erinnerung ist, kommt Anfang Februar nach Halle. Am 3., 4. und 5. Februar kommt in der Marktkirche „Totentanz" (nach alten Lübecker Texten des 16. Jahrhunderts) zur Aufführung. Am 11. Februar folgt dann im Thalia Shakespeares „Der widerspenstigen Zähmung" und am 12. Februar Shakespeares „Die Komödie der Irrungen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250128-10/fragment/page=0008